

# WIR verändern

**gerecht  
solidarisch  
nachhaltig**

**Leitbilddebatte  
Brandenburg 2020**

## Dokumentation

der Konferenz zum Auftakt der Leitbilddebatte  
am 3. Dezember 2011 im Kongresshotel Potsdam

**DIE LINKE.**  
BRANDENBURG

# Inhalt

Wir verändern - gerecht, solidarisch, nachhaltig . . . . .	Seite 3
Wir haben verändert . . . . . <i>Rede von Thomas Nord, Vorsitzender DIE LINKE. Brandenburg</i>	Seite 4
Wir verändern! . . . . . <i>Rede von Kerstin Kaiser, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg</i>	Seite 13
Protokolle der Thementische . . . . .	Seite 17
Tisch 1: Lebensqualität für zukunftsfähige Städte und Dörfer. . . . .	Seite 18
Tisch 2: Nachhaltige Bildungslandschaft fördern. . . . .	Seite 20
Tisch 3: Wirtschaft und Arbeit . . . . .	Seite 22
Tisch 4: Brandenburg als Vorreiter im Umgang mit Energie und Klimawandel . . . . .	Seite 24
Tisch 5: Zukunftsfähige Finanzpolitik. . . . .	Seite 26
Tisch 6: Methoden, wie wollen wir die Debatte führen?. . . . .	Seite 28

## Wir verändern – gerecht, solidarisch, nachhaltig

Start für eine Leitbilddebatte „Brandenburg 2020: gerecht, solidarisch, nachhaltig.“

*Wenn wir aus heutiger Sicht auf das Jahr 2006 zurückblicken, war es eine gute Idee, einen Dialog für ein Brandenburg der Regionen zu initiieren. An dessen Ende stand ein über die Grenzen der Partei hinaus anerkanntes Leitbild für die weitere politische Arbeit des Landesverbandes. Es wurde zur Grundlage für unser Landtagswahlprogramm 2009. Mit dem Dialog haben wir ein Leitbild entwickelt, das der Konzentration auf die Metropole Berlin und ihr unmittelbares Umfeld widerspricht. Denn Brandenburg, das ist mehr als ein Berliner Speckgürtel, der nach außen hin immer dürrer wird. Der Resignation des Rückzugs haben wir Gestaltungsanspruch entgegengestellt, dem Ausschluss die Mitbestimmung, dem Zentralismus die Selbstständigkeit. Denn wir wollten mit der Leitbilddebatte die Herausforderungen angehen und nicht den Stillstand verwalten.*

*Seit 2009 ist DIE LINKE in der Landesregierung und wir haben die Zeit genutzt, viele unserer Ziele aus dem Leitbild umzusetzen. Wir wollten gute Löhne für gute Arbeit und kein Billiglohnland Brandenburg. Wir wollten Armut bekämpfen und bessere Lebensbedingungen für Kinder. Wir wollten Kultur und gute Bildung für Alle von Anfang an. Wir wollten gutes Leben in allen Regionen, Demokratie ausbauen, Rechtsstaat stärken und Toleranz leben. Wir wussten dabei, dass wir uns große Herausforderungen unter schwierigen Bedingungen stellen. Ein Blick von 2006 auf das Heute zeigt: Wir haben das Land verändert. Wir haben viel von dem erreicht, was wir uns mit dem Leitbild vorgenommen haben. Dabei sind wir auch an Grenzen gestoßen, nicht all unsere Vorstellungen ließen sich bisher eins zu eins umsetzen. Bei manchem mussten wir Kompromisse eingehen. Heute sehen wir, die Rahmenbedingungen für unser Handeln haben sich durch den Wechsel der Bundesregierung verschlechtert. Hartz-IV ist weiter in Kraft und der Sozialabbau wird fortgesetzt. Aber die Rahmenbedingungen ändern sich auch durch die immer schnellere gesellschaftliche, technologische, wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung.*

*Der demographische Wandel stellt uns vor neue Aufgaben. Die digitale Revolution hat unsere Umgangs- und Arbeitsweise innerhalb weniger Jahre vollständig verändert. Die Globalisierung der Märkte und die Finanzkrise wäre ohne Computer nicht denkbar. Eine immer aktivere und kritischere Öffentlichkeit sucht sich auch mit den neuen Medien und den sozialen Netzwerken neue Ausdrucks- und*



*Protestformen. Die Bundesregierung ist heute kaum mehr in der Lage, souveräne Entscheidungen zu treffen, weil vieles nur noch gemeinsam auf europäischer Ebene geregelt werden kann. Das hat auch Auswirkungen auf Brandenburg. Auch die Debatte über Atomstrom und Energiegewinnung hat Brandenburg nachhaltig verändert. Es ist heute unstrittig, dass wir in kurzer Zeit zu einer sicheren Versorgung kommen müssen, bei der die Umwelt nicht zerstört wird. Mit unserer neuen Leitbilddiskussion wollen wir uns Antworten auf diese Fragen erarbeiten. Wir wollen das Land verändern. Dabei setzen wir in Kontinuität auf den Dialog als Mittel der Verständigung. Denn wir wollen linke Politik für Brandenburg im Jahr 2020 aus und mit allen Ebenen der Gesellschaft entwickeln. Der Auftakt zu dieser Debatte fand am 03. Dezember 2011 in Potsdam statt. Die Ergebnisse werden in dieser Broschüre dokumentiert.*

## Wir haben verändert

Rede von Thomas Nord, Vorsitzender DIE LINKE. Brandenburg



Die Menschen in Brandenburg sind kontrovers in ihren Meinungen und trotzdem sehr unaufgeregt, so geht es hier in dem Land zu. In den Medien geht es oftmals anders zu, die Meinungen liegen nicht weit auseinander, aber sie werden sehr aufgeregt verbreitet. Die Hektik in den Medien, ihre veröffentlichte Meinung und die öffentliche Meinung in Brandenburg, das sind oft zwei Paar unterschiedliche Schuhe. Deswegen ist es gut, wenn wir uns jetzt zur Hälfte der Legislaturperiode zusammenfinden, um uns miteinander über unseren eigenen Standpunkt zu verständigen.

Wir wollen heute die Realisierung unseres alten Leitbildes bilanzieren und gleichzeitig eine neue Leitbilddebatte beginnen. Hierfür gibt es aus meiner Sicht zwei gute Gründe. Die Legislaturperiode ist fast zur Hälfte um und die Bedingungen im Land haben sich in den letzten Jahren nachhaltig verändert. Wir ziehen Bilanz und wenden uns dann den neuen Bedingungen zu, unter denen wir die neue Diskussion führen. Auf dieser Grundlage wollen wir in dem vor uns liegenden Diskussionsprozess gemeinsame neue Ziele in der Landespolitik für die nächste Wahlperiode finden.

### 1. Die Strategiedebatte beginnen

Die Strategiedebatte in dieser Partei wird immer eingefordert, wir wollen sie heute beginnen – zumindest für den Landesverband Brandenburg. Ich freue mich, dass ihr dazu hier her gekommen seid. Wenn wir heute über Bilanz reden, geht es um den Rückblick auf die Leitbilddebatte von 2006 bis 2008 und ich beginne in meinem Rückblick mit ein paar einfachen Fragen. Sie scheinen immer etwas banal zu sein, aber die Antworten haben nach meinem

Dafürhalten einen tatsächlich relevanten Einfluss auf das, was wir an Politik in den letzten Jahren entwickelt haben und wie wir sie durchsetzen konnten.

**Was wollten wir erreichen?**  
*Ein Brandenburg der Regionen  
Gesellschaftliche Kräfteverhältnisse verändern  
Für eine sozial gerechtere, demokratischere,  
ökologischere Landespolitik*

Die erste Frage, die wir 2006 gestellt haben, als wir die andere Leitbilddebatte begonnen haben, war die Frage: „Was wollen wir erreichen?“

Wir wollten erreichen: Ein Brandenburg der Regionen und die Frage, ob wir das immer noch wollen, steht. Wir wollten gesellschaftliche Kräfteverhältnisse verändern und für eine sozial gerechtere, demokratischere und ökologischere Landespolitik eintreten. Wir wollten in Brandenburg einen Politikwechsel einleiten.

**Wen wollten wir erreichen?**  
*Unsere Wählerinnen und Wähler. Nicht die Mehrheit!*

Die Frage: „Wen wollen wir erreichen?“ scheint zunächst besonders simpel zu sein, aber aus meiner Sicht ist sie entscheidend für die Entwicklung einer Strategie und deswegen ist es wichtig, dass wir uns noch einmal vergegenwärtigen, für wen wir im Land Brandenburg Politik machen. Es ist wichtig, zu sagen: „Wir machen zunächst für unsere Wählerinnen und Wähler Politik!“ Als zweites muss man ganz nüchtern festhalten: Unsere Wählerinnen und Wähler, das sind nicht die Mehrheit der Bevölkerung hier in Brandenburg. Es stimmt: Wir vertreten in einzelnen Fragen Ansichten, die die Mehrheit im Land Brandenburg teilt. Aber wir haben in der Landtagswahl für unsere Politikvorstellungen lediglich die Unterstützung von 27,2 % der Wählerinnen und Wähler bekommen. Das heißt, ein gutes Viertel aller Wählerinnen und Wähler hat uns gewählt. Aus dem Ergebnis können wir etwas über die politischen Kräfteverhältnisse im Land ableiten, über unsere Durchsetzungsfähigkeit und auch darüber, welche Kompromisse man möglicherweise eingehen muss. Denn 27,2% aller Wählerinnen und Wähler, das heißt auch, es fehlen mindestens 22,3 % bis zur Mehrheit. Wenn man seine eigene Politikvorstellungen realisieren will, braucht man einen Koalitionspartner und zweitens muss man Kompromisse eingehen.

Ich glaube, wir können in den kommenden Wahlen die Wahlergebnisse von 2008 und 2009 erfolgreich verteidigen.

gen, aber bei allem Optimismus, den ich habe, bin ich auch überzeugt, die absolute Mehrheit liegt noch in der Ferne. Die Antwort auf die Frage, wen wir erreichen wollen lautet: Wir machen Wahlkampf für unsere Wählerinnen und Wähler, gleichzeitig wollen wir jedoch auch Akzeptanz bei einer Mehrheit finden. Daraus folgt nicht automatisch, dass diese Mehrheit dann tatsächlich auch bereit ist, all unsere Forderungen mit der Wahl der LINKEN zu unterstützen. Wir wollen Positionen entwickeln, die nicht nur für uns, sondern auch für die Öffentlichkeit interessant sind, die in der Gesellschaft diskutiert werden.

### **Wie wollten wir unsere Zielgruppen erreichen?**

*Dialog mit BündnispartnerInnen  
Dialog mit WählerInnen*

Die nächste Frage, die wir uns zu beantworten hatten war die nach der Methode, auf welche Art und Weise wollen wir unsere Zielgruppen erreichen. Wir haben bei dieser Frage in der Leitbilddiskussion 2006 ein Prinzip konsequent durchgehalten, dass uns geholfen hat, die Akzeptanz – die wir in Brandenburg finden wollten – tatsächlich zu finden. Wir haben den Dialog zum zentralen Element unseres Politikstils gemacht und mit BündnispartnerInnen, Wählerinnen und Wählern, mit Fachleuten, mit Verantwortlichen, mit Betroffenen und Engagierten in der Öffentlichkeit unsere politischen Zielvorstellungen diskutiert. Das war aus meiner Sicht zentral dafür, dass wir unsere Wählerinnen und Wählern mit unseren Politikvorstellungen bekannt machen konnten, sie sich selbst in die Politikbildung einbringen konnten, so, wie das hier ja auch gefordert worden ist. Ich bin der Überzeugung, dass wir an diesem Stil der Politikentwicklung festhalten müssen. Wenn man den Forderungen der Bürgerinnen und Bürger nachkommt, brauchen wir sogar noch mehr von diesem Politikstil. In der Praxis ist das manchmal nicht so aufregend wie es hier klingt, aber so ist halt Brandenburg. Die Leute sind sehr unaufgeregt und trotzdem kontrovers, so geht es hier in dem Land zu.

### **Wie wollten wir unsere Vorstellungen durchsetzen?**

*Augenhöhe mit der SPD  
Ablösung Rot-Schwarz  
Bildung rot-rote Koalition*

„Wie wollen wir unsere Vorstellungen durchsetzen?“ war die nächste Frage. Aus der Stärke, die wir bei den Wahlen anstrebten, haben wir das Ziel abgeleitet, wir wollen auf Augenhöhe mit der SPD hier im Land Politik machen. Ich denke, das sollte unser Ziel bleiben. Augenhöhe heißt wiederum, dass man mit einem Partner zusammen Politik machen muss und dieser Partner vertritt in der Regel andere Positionen als man selbst. Wenn hier z. B. gesagt wird, dass der Ministerpräsident nach der Wahl für CCS eingetreten ist, dann ist das richtig. Richtig ist aber auch, er ist schon vor der Wahl für die Nutzung der CCS-Techno-

nologie eingetreten, er hat dafür auf den Marktplätzen Brandenburgs geworben. Das Wahlergebnis für die SPD ist auch darauf zurückzuführen. Das muss einem nicht gefallen, aber es macht auch keinen Sinn, diesen Fakt zu ignorieren.

Unsere Vorstellung, Rot-Schwarz abzulösen, haben wir realisiert. Wir wollten eine rot-rote Koalition bilden, auch das haben wir erreicht. Ich will ausdrücklich sagen, wir waren der einzige Landesverband der LINKEN, der das mit den Wahlen 2009 erreicht hat.

### **Welcher Zeitgeist hat geherrscht? Welche Politik?**

*Bund: Rot-Grün und Schwarz-Rot haben  
seit 2003 durchgesetzt:  
Agenda 2010; Hartz IV; Umverteilung von unten nach  
oben; Deregulierung der Finanzmärkte;  
Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge;  
Massive Ausweitung von Billiglohn und  
prekären Arbeitsverhältnissen*

Wenn wir den Blick aus der Rückbetrachtung auf ein neues Leitbild lenken, müssen wir uns auch über den Zeitgeist verständigen, der hier und jetzt herrscht. Wir haben das damals getan und die Politik mit der wir es damals zu tun hatten, hat sich verändert. Wir hatten damals einen Regierungswechsel von Rot-Grün auf Rot-Schwarz. Beide haben die Agenda 2010 damals durchgesetzt. Sie haben Hartz IV durchgesetzt, die Umverteilung von unten nach oben schamlos fortgesetzt und nach der Regierung Kohl noch verstärkt. Die Finanzmärkte wurden dereguliert. Damit wurden die Voraussetzungen für die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 geschaffen. Die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge war ein wesentliches Ziel der neoliberalen Offensive auf Bundesebene, aber auch auf Landesebene. Es gab eine massive Ausweitung von Billiglohn, Zeitarbeit und prekären Arbeitsverhältnissen.

Das war die Zeit, in der wir 2005/2006 die ersten Überlegungen für unsere Leitbilddiskussion angestellt haben. Unter diesen Umständen haben wir unsere politischen Ziele formuliert. Wir haben die Frage gestellt: „Was wollen wir tatsächlich im Lande Brandenburg und in Deutschland ändern? Auf welche Erfahrungen konnten wir in dieser Zeit zurückgreifen?“

### **Welche Erfahrungen gab es?**

*Regierungserfahrungen  
in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin*

*Schlussfolgerung:  
Nur versprechen, was man nach der Wahl halten kann.  
Wir dürfen nicht beliebig werden.  
Ein eigenes, linkes Profil wahren.  
Trotz aller Interessenskonflikte und wo immer möglich,  
Kontakte mit Bündnispartnern halten.*

DIE LINKE hatte Regierungserfahrungen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Wir haben daher z. B. bei der Formulierung des Leitbildes und des darauf aufbauenden Wahlprogramms die Schlussfolgerung gezogen, dass wir vor der Wahl nichts versprechen dürfen, was wir nach der Wahl nicht halten können. Das ist uns sicherlich nicht in jeder Frage gelungen. Aber wir müssen die Debatte im Spannungsfeld zwischen Anspruch und Zielen einerseits und dem, was realistisch und durchsetzbar ist, auch jetzt wieder führen.

Wir haben aus den Regierungsbeteiligungen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin gelernt, wir dürfen nicht beliebig sein in der Politik, die wir machen. Wir dürfen Niederlagen nicht schön reden, sondern müssen Niederlagen auch Niederlagen nennen und im Anschluss auch sagen, wie wir danach mit einer eigenen Politik weitermachen. Wir müssen ein linkes Profil wahren und benennen, wo wir hinwollen, auch wenn wir nicht immer in der Lage sind, unsere Forderungen sofort, praktisch und komplett durchzusetzen. Eine wichtige Schlussfolgerung aus den Berliner Wahlen und der Niederlage, die wir dort hatten, ist, wir dürfen trotz aller Probleme, trotz aller Kontroversen, auch trotz Entscheidungen, die nicht von allen mitgetragen werden können, den Kontakt und den Dialog mit den Partnerinnen und Partnern in der Gesellschaft nicht einstellen. Wir dürfen uns nicht von ihnen isolieren und uns nicht von ihnen isolieren lassen, sondern wir müssen die Auseinandersetzung offen führen, auch wenn das unter einer Regierungsbeteiligung schwer ist.

#### **Nächster Schritt:**

*Ergebnis der Debatte war ein Leitbild, welches die Partei einte und BündnispartnerInnen zusammenführte - WählerInnen mobilisiert. Damit war die Grundlage für ein realistisches Wahlprogramm, für Schlüsselprojekte in einer Regierungsbeteiligung und einer darauf aufbauenden Wahlkampfkampagne geschaffen.*

Das Leitbild hatte den Zweck, politische Ziele zu formulieren und war ein Mittel, mit einem weiten Dialog die Partei zu einen, BündnispartnerInnen zusammenzuführen und Wählerinnen zu mobilisieren. Wir haben bei den Landtagswahlen 2009 in etwa 50.000 Wählerinnen und Wähler mehr gehabt als bei den Landtagswahlen 2004. Die Wahl 2004 fand nach einem Protestwahlkampf statt. Der Wahlkampf, den wir 2009 geführt haben, war völlig anders. Er war ein Regierungswahlkampf und es ist uns mit unseren Zielen, mit unserem Leitbild, mit unserem Wahlprogramm gelungen, in diesen Regierungswahlkampf 50.000 Wählerinnen und Wähler mehr zu mobilisieren als in der Auseinandersetzung um Hartz IV im Jahr 2004. Wir haben ein realistisches Wahlprogramm verabschiedet und aus diesem Wahlprogramm Schlüsselprojekte abgeleitet, die wir in einer Regierungsbeteiligung umsetzen wollten: Die

Schlüsselprojekte waren zugleich Schlüsselthemen unserer Wahlkampfkampagne.

Wir haben 2006 mit der Leitbilddiskussion begonnen, haben aus dem 2009 beschlossenen Leitbild 2009 ein Wahlkampfprogramm abgeleitet und sind mit der auf einem fast vierjährigen Prozess basierenden Kampagne im Spätsommer in den Wahlkampf gezogen. Wir haben mit dem gesamten Landesverband unsere Positionen offensiv vertreten und wurden dafür gewählt.

#### **Koalitionsvertrag**

*Die Schlüsselprojekte wurden Schnittstelle zwischen Programm und Politik, fanden weitgehend Eingang in den Koalitionsvertrag. Damit waren sie Basis für die Akzeptanz des Vertrages in der Partei und der großen Mehrheit der Wählerinnen und Wähler. Zur Bildung der Koalition mussten wir der SPD insbesondere im Bereich Energiepolitik und Öffentlicher Dienst Zugeständnisse machen. Einige Konflikte von Bedeutung haben wir unterschätzt: DDR-Geschichtsdebatte, Nachtflugverbot und Flugrouten sowie Probleme aus der Tätigkeit vorhergehender Landesregierungen.*

Die Schlüsselprojekte wurden Schnittstellen zwischen Leitbild, Programm und Politik und wir können festhalten: Ein Großteil dieser Schlüsselprojekte – nicht alle – fand Eingang in den Koalitionsvertrag. Sie waren die konkrete Basis für die Akzeptanz und die Kritik des Koalitionsvertrages in der Partei und bei der großen Mehrheit der Wählerinnen und Wähler. Wir haben die Kritik in der Partei zur Kenntnis genommen und ausdiskutiert – die Bildung der Koalition war daran gebunden, dass wir insbesondere im Energiebereich und im Öffentlichen Dienst beim Stellenabbau Zugeständnisse an die SPD machen mussten. Diese Debatte wurde vor der Beschlussfassung zum Koalitionsvertrag kontrovers und öffentlich geführt und war aus meiner Sicht eine Voraussetzung, damit der Sonderparteitag in Kenntnis und Kritik dieser Kompromisse dem Koalitionsvertrag die Zustimmung geben konnte.

Zur Bilanz gehört aber auch, dass wir einige Konflikte in ihrem Potenzial unterschätzt haben. Manche Dinge haben in der Leitbilddebatte und in der Wahlprogrammdebatte möglicherweise nicht den Raum gehabt, den sie hätten haben müssen, um auch tatsächlich zu einer realistischen Lageeinschätzung zu kommen. Ich denke, wir haben unterschätzt, was nach den Landtagswahlen an DDR-Geschichtsdebatte auf uns zugekommen ist. Wir wussten nicht, dass wir eine Flugroutendiskussion bekommen werden und welche Auseinandersetzung der Neubau des Flughafens insgesamt auch an gesellschaftlicher Auseinandersetzung auslösen wird. Wir wussten auch zu wenig über die Probleme, die uns vorhergehende Landesregierungen hinterlassen haben, mit denen wir uns heute auch

noch zum Teil auseinandersetzen müssen. Wir mussten lernen, hier kann man vor Überraschungen nicht sicher sein.

## 2. Ergebnisse unserer Politik

All diese Dinge haben in der Leitbilddebatte, dem Wahlkampf und der Arbeit in der Regierungskoalition eine strategisch-planerische Rolle gespielt, aber nun möchte ich zu einigen konkreten Beispielen für Ergebnisse unserer Politik kommen. Wir haben – und das ist ganz wichtig – auch schon in der Opposition anhand dieser Leitbilddebatte versucht, Politik zu gestalten und Teile unserer Ziele umzusetzen. Wir haben Anteil daran, dass es drei große landespolitische Erfolge gab, die bereits eingetreten sind, bevor wir in die Regierungsbeteiligung getreten sind. Das erste ist unsere Beteiligung an der Volksinitiative und dem Volksbegehren „Sozialticket“. Das zweite ist die Beteiligung an der Volksinitiative „Elternbeitragsfreie Schülerbeförderung“ und wir waren drittens Teil der Bewegung für die friedliche Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide. Es war auch unser Erfolg, dass wir den Bombenabwurfplatz verhindert und die friedliche Nutzung durchgesetzt haben.

### DIE LINKE verändert in Opposition

#### Beispiel: Volksbegehren Sozialticket

Fraktionsvorsitzender Thomas Lunacek (CDU)  
11.03.2008

*„Das landesweite Sozialticket für Bedürftige ist ein Angriff auf die Berufstätigen. (...) Das führt dazu, dass Bürger die arbeiten gehen, schlechter verdienen als Hartz-IV-Empfänger.“*

Märkische Oderzeitung

Irene Wolff-Molorciuc (Vorsitzende Volkssolidarität Brandenburg) zum Start des Volksbegehrens:  
25.02.2008

*„Seit vielen Jahren setzen sich Brandenburger Bürgerinnen und Bürger für die Einführung eines Sozialtickets in Brandenburg ein. (...) Die letzten Monate haben gezeigt, diese Koalition braucht den Druck (...), um sich in der sozialen Frage zu bewegen.“*

<http://sozialticket.dielinke-brandenburg.de/aktuelles/startseite/>

Fraktionsvorsitzender Günter Baaske (SPD) nach dem Beschluss des Landtages zur Einführung eines Mobilitätstickets  
17.03.2008

*„Unser Beschluss ist ein großer Ruck nach vorn, er sorgt für soziale Gerechtigkeit, ist ausgewogen und finanzierbar.“*

Die Welt

Es ist ein Erfolg gewesen, dass die Schülerbeförderung im Land für Teile der Bevölkerung wieder kostenfrei geworden ist und das Volksbegehren „Sozialticket“ war ein Erfolg. An diesen Beispielen kann man auch sehr gut deutlich machen, wie sich das allgemeine Politikverständnis, der Zeitgeist, auch bei anderen Parteien, durch unser Wirken im Land verändert hat. Thomas Lunacek (CDU) hat am 11. 3. 2008 das Sozialticket als Angriff auf die Berufstätigen gewertet und damit im Parlament die Ablehnung der damaligen Volksinitiative begründet. Irene Wolff-Molorciuc (Volkssolidarität) hat am 25.2.2008 die Gegenposition formuliert: Brandenburgs Bürgerinnen und Bürger für die Einführung des Sozialtickets haben gezeigt, diese Regierung braucht Druck, die Mehrheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger will das. Als drittes gab es den Beschluss durch die Landesregierung und die Reaktion der SPD durch Günther Baaske, dass dieser Beschluss ein großer Schritt nach vorn ist. Wir hatten also zunächst die Aussage von Lunacek für Schwarz-Rot, dass das alles Quark ist. Dann haben wir als Antwort gemeinsam mit Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern Druck auf der Straße entwickelt und siehe da, die Position der Landesregierung hat sich verändert.

### DIE LINKE verändert durch den Regierungswechsel

Wir haben durch die Bildung von Rot-Rot 2009 hier in Brandenburg die politische Diskussion, den Zeitgeist und die Politik verändert. Diese Behauptung möchte ich mit fünf Beispielen belegen:

#### Erstes Beispiel: Mindestlohn

Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns (CDU)  
in einem Zeitungsinterview  
08.03.2006

*„Von einem gesetzlichen Mindestlohn halte ich nichts. Die Erfahrungen in Ostdeutschland in den letzten Jahren belegen, dass wir Flexibilität brauchen.“*

Berliner Zeitung, Seite 12

Entschließungsantrag des Bundesrates zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns; Antrag der Länder Rheinland-Pfalz, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Berlin, Brandenburg, Hamburg  
18.03.2011

*„Um sicherzustellen, dass über eine Vollzeitbeschäftigung ein Existenz sicheres (...) Arbeitseinkommen erzielt werden kann, brauchen wir einen Rechtsanspruch auf eine Mindestvergütung. Dieser gesetzliche Mindestlohn (...) ist ein wichtiger Beitrag, um die Würde der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu achten und Armut zu bekämpfen.“*

Drucksache 814/10

Im Jahr 2006 hat Ulrich Junghanns, der damalige Wirtschaftsminister gesagt: „Von einem gesetzlichen Mindestlohn halte ich nichts“. Er hat diese Position bis zum Ende der rot-schwarzen Regierung vertreten und wir erinnern uns, die Sozialdemokraten haben erst im Wahlkampf 2009 damit begonnen, eine davon abweichende Meinung zu vertreten. Dies lag auch an unserer klaren Position für einen Mindestlohn. Es ist aus meiner Sicht eine ernsthafte Veränderung des politischen Klimas, des Zeitgeistes und der politischen Positionen der Landesregierung, wenn wir heute festhalten können, das Land Brandenburg hat sich an einen Entschließungsantrag des Bundesrates zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes beteiligt. In diesem Entschließungsantrag heißt es: „Wir brauchen einen Rechtsanspruch auf eine Mindestvergütung.“ Durch den Eintritt der LINKEN in die Landesregierung hat in der Tat eine vollständige Umkehrung der Positionen stattgefunden. Das ist ein Erfolg unserer Politik.

## Zweites Beispiel: Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen

Presseerklärung von Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) mit dem Titel: „Privatwirtschaft vor unlauterer Konkurrenz schützen“  
27.02.2006

*„In den vergangenen Jahren hat es immer wieder Fälle gegeben, in denen die Kommunalaufsicht hat einschreiten müssen, weil die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen Auswirkungen auf die Privatwirtschaft hatte.“*

<http://www.mi.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=lbm1.c.334046.de>

Presseerklärung von Innenminister Dietmar Woidke (SPD) anlässlich eines Kabinettschlusses zur Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge  
29.03.2011

*„Eine hochwertige Versorgung mit wichtigen Dienstleistungen muss für alle Bürgerinnen und Bürger dauerhaft zugänglich und bezahlbar bleiben. Dazu brauchen wir starke, wettbewerbsfähige kommunale Unternehmen. Deshalb wollen wir unnötige Hemmnisse für die Kommunalwirtschaft beseitigen.“*

<http://www.stk.brandenburg.de/cms/detail.php?gsid=bb1.c.246547.de>

Wir haben in der Regierung die Position zu der Frage der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen verändert. Vor dem Regierungswechsel ist vom damaligen Innenminister Schönbohm vertreten worden: „Wir müssen die Privatwirtschaft vor unlauterer Konkurrenz schützen.“ Das war die Position der rot-schwarzen Regierung in der vergangenen Wahlperiode. DIE LINKE hat es erreicht, dass diese Position nachhaltig verändert worden ist. Das wird an den Äußerungen von dem jetzigen Innenminister Dietmar Woidke (SPD) zum Kabinettschluss zur Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge 2011 deutlich: „Wir



brauchen starke, wettbewerbsfähige kommunale Unternehmen.“ Auch hier kann man festhalten, DIE LINKE hat durch den Eintritt in die Regierung deutliche Veränderungen in Brandenburg erreicht. Die Ziele wurden verändert und das Wirken der Landesregierung ist hier an Dingen orientiert, die DIE LINKE in ihrem Leitbild gefordert und in den Wahlkampf eingebracht hat.

## Drittes Beispiel: Residenzpflicht

Minister des Inneren Jörg Schönbohm (CDU) in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage ob die Landesregierung beabsichtigt die Residenzpflicht zu lockern  
15.12.2008

*„Nein, die Landesregierung beabsichtigt (...) nicht, eine Rechtsverordnung (...) zu erlassen. (...) Grundsätzlich ist die Aufenthaltsgestattung für Asylbewerber räumlich auf den Bezirk der Ausländerbehörde beschränkt.“*

Drs. 4/7027, Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr. 2624

Brandenburg, Ministerium des Innern  
Berlin, Senatsverwaltung für Inneres  
28.07.2010

*„Asylbewerber und Ausländer mit einer Duldung genießen jetzt in Berlin und Brandenburg deutlich mehr Freizügigkeit als bisher. Sie können ab sofort gebührenfrei eine Dauererlaubnis bei der zuständigen Ausländerbehörde beantragen, mit der sie sich im jeweiligen Nachbarland frei bewegen können.“*

[http://www.mi.brandenburg.de/sixcms/media.php/4055/PM\\_Residenzpflicht.pdf](http://www.mi.brandenburg.de/sixcms/media.php/4055/PM_Residenzpflicht.pdf)

In der rot-schwarzen Koalition galt die Meinung des CDU-Mannes Jörg Schönbohm. Er hat 2008 gesagt: „Grundsätzlich ist die Aufenthaltsgestattung für Asylbewerber räumlich auf den Bezirk der Ausländerbehörde beschränkt.“ Das war bis zum Ende der SPD-CDU Koalition die Position im Land Brandenburg. 2010 haben wir eine neue Position mit der rot-roten Landesregierung durch-

setzen können, Asylbewerber und Ausländer mit einer Duldung können sich jetzt im jeweiligen Nachbarland frei bewegen. Auch hier wird der Unterschied deutlich, unsere Vorstellungen haben Eingang in die Regierungspolitik gefunden, wir konnten mit unsere Positionen aus dem Leitbild das Regierungshandeln grundlegend verändern.

#### Viertes Beispiel: Vergabegesetz

Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns (CDU)  
in der Landtagsdebatte zum Gesetzentwurf  
der Fraktion DIE LINKE zur Einführung eines  
Vergabegesetzes  
27.02.2008

*„Wir sollten nicht den Eindruck erwecken,  
auch nicht in einer vermaledeiten  
Gerechtigkeitsdiskussion, mit Vorschlägen  
wie von der LINKEN könnten die Chancen von  
Arbeitnehmern am Arbeitsmarkt verbessert werden. (...)  
Deshalb kann man dem Gesetzentwurf (...)  
nicht zustimmen. - Danke.“ (Beifall bei der CDU)*

Auszug aus dem Plenarprotokoll 4/63

Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (DIE LINKE)  
anlässlich einer Pressekonferenz zum jetzt  
gültigen Vergabegesetz  
24.03.2010

*„Es ist wichtig, nicht nur die Vergabe öffentlicher  
Aufträge an das Zahlen eines Mindestlohns zu koppeln,  
sondern dieses auch durch geeignete Instrumente  
zu kontrollieren. (...) Erscheint ein Angebot fragwürdig,  
muss es die Möglichkeit geben, dieses vom weiteren  
Verfahren auszuschließen.“*

<http://www.mwe.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.205719.de>

Der CDU Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns sagte 2008: „Wir sollten nicht den Eindruck erwecken, mit Vorschlägen von der Linken, könnten die Chancen von Arbeitnehmern am Arbeitsmarkt verbessert werden.“ Das Vergabegesetz war im Wahlkampf 2009 eines unserer Schlüsselprojekte und es kann doch gar nicht verwundern, dass Menschen von ihrer Arbeit wieder vernünftig leben können wollen. Wer einen guten Job macht, soll nicht Hartz-IV-Geld zum Aufstocken beantragen müssen. Auch die SPD hat das im Landtagswahlkampf gefordert und genau deswegen bin ich ganz sicher, in einer Regierung mit der CDU wäre das nicht durchsetzbar gewesen. DIE LINKE hat einen großen Anteil daran, dass es jetzt ein Vergabegesetz gibt und Ralf Christoffers als neuer Wirtschaftsminister am 24.3.2010 erklären konnte: „Es ist wichtig, die Vergabe öffentlicher Aufträge an das Zahlen eines Mindestlohns zu koppeln.“ Das Vergabegesetz tritt im Januar 2012 in Kraft und auch das ist ein Erfolg unserer Regierungsbeteiligung. Es ist ein politischer Erfolg der LINKEN.

#### Fünftes Beispiel: Position zur Altersarmut

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie  
Dagmar Ziegler (SPD) in der Aktuellen Stunde zum  
Thema „Wachsende Altersarmut in Brandenburg“  
18.09.2008

*„Zweifellos gehört dazu die Feststellung, dass  
Altersarmut heute in Deutschland objektiv kein drängen-  
des gesellschaftliches Problem ist (...) Die heutige Rent-  
nergeneration hat (...) ausreichend Rentenanwartschaften  
aufbauen können. (...) Tatsache ist jedoch, dass dieses  
Thema die Gesellschaft nicht akut bedrängt.“*

Landtag Brandenburg - Plenarprotokoll 4/72

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie  
Günther Baaske (SPD) in einer Landtagsdebatte  
anlässlich einer Großen Anfrage der CDU  
06.10.2010

*„Da kann man sagen, was man will. Man wird  
bei 5 oder 6 Euro, die man verdient, kaum oder gar nicht  
aus dem Bereich der Grundsicherung bzw. der  
Grundrente kommen. Das wird dazu führen, dass  
Altersarmut in Größenordnungen ... greifen wird.“*

Landtag Brandenburg - Plenarprotokoll 5/22

Liebe Genossinnen und Genossen, bevor wir in diese Landesregierung eingetreten sind, gab es eine Position der rot-schwarzen Landesregierung zum Thema „Armut“. Diese Position hat Dagmar Ziegler (SPD) 2008 formuliert: „Zweifellos gehört dazu die Feststellung, dass Altersarmut heute in Deutschland objektiv kein drängendes gesellschaftliches Problem ist, die Gesellschaft nicht akut bedrängt.“ Das war die Position der rot-schwarzen Landesregierung bis in den Wahlkampf 2009. Wir haben mit unseren Positionen aus dem Leitbild, mit unserem Wahlkampf das gesellschaftliche Bewusstsein verändert. Die Politikerinnen und Politiker aus den anderen Parteien können nicht mehr abstreiten, dass Altersarmut und Armut in der Gesellschaft tatsächlich ein Problem ist. Das wird zum Beispiel deutlich, wenn Günther Baaske – auch SPD – 2010 sagt: „Da kann man sagen, was man will, das wird dazu führen, dass Altersarmut in Größenordnungen greifen wird.“ An diesen Äußerungen von zwei Sozialdemokraten wird deutlich, dass wir mit unserer linken Politik dafür gesorgt haben, dass sich diese Position innerhalb von zwei Jahren verändert hat. Die Anerkennung des Problems ist die Voraussetzung für politisches Handeln. Wir bleiben am Ball und werden weiter für Veränderung kämpfen. Denn Altersarmut ist eine Schande, die wir als LINKE nicht akzeptieren.

weitere Beispiele für  
**Veränderung durch den Regierungswechsel:**  
*Initiative zur armutsfesten Grundsicherung für Kinder  
Verbesserung des KITA-Personalschlüssels  
Kennzeichnungspflicht von Polizisten  
Mikrokredite für Kleinunternehmen*

Es gibt eine Menge weiterer Beispiele, die ich aber hier aus Zeitgründen nicht ausführlich behandle. DIE LINKE hat die Initiative zur armutsfesten Grundsicherung für Kinder durchgesetzt. Wir haben den KITA-Schlüssel verbessert, auch wenn ich weiß, dass es dort nach wie vor Debatten darüber gibt – dass er noch besser sein könnte. Wir haben gegen viele Widerstände die Kennzeichnungspflicht der Polizisten durchgesetzt. Wir haben Mikrokredite für Kleinunternehmen realisiert und vieles andere, was im Leitbild für ein Brandenburg der Regionen seinen Ursprung und heute nicht nur im Leitbild der LINKEN seine Verankerung hat, sondern im Land Brandenburg.

### **DIE LINKE verändert in Regierung**

*Neueinstellung von 2.000 Lehrerinnen und Lehrern  
Erhalt der Amtsgerichte  
Mehr Geld für Musikschulen*

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben nicht nur durch den Eintritt in die Regierung das Land verändert, sondern wir haben es auch in der Regierung selbst verändert. Wir haben an den Stellen, wo es keine Einigkeit mit unserem Koalitionspartnern gab, hart darum gerungen, welche Positionen am Ende Realität werden sollen. Dies haben wir zumeist unaufgeregt, aber entschieden getan. So sind wir Brandenburgerinnen und Brandenburger! Wir haben uns zum Beispiel mit der SPD sehr lange über die Frage gestritten, wie viele Lehrerinnen und Lehrer wir im Land brauchen, um den Ausfall derjenigen, die aus Altersgründen ausscheiden, kompensieren zu können. Dadurch, dass wir im Koalitionsvertrag die Lehrer-Schüler-Relation von 1 zu 15,4 verankert haben, haben wir jetzt die Tatsache, dass 2.000 Lehrerinnen und Lehrer im Land Brandenburg neu eingestellt werden. Die SPD meinte damals, dass 1.250 Lehrerinnen und Lehrer genügen würden. Wir hatten im Wahlprogramm 2.500 stehen. Die jetzt vereinbarten 2.000 sind deutlich näher an unserer Zielstellung als umgekehrt. Auch das ist ein gutes Beispiel dafür: DIE LINKE hat mit ihrem Eintritt in die Landesregierung und mit ihrem Handeln in der Regierung das Land verändert. Brandenburg ist dadurch sozial gerechter geworden. Wir haben den Erhalt der Amtsgerichte durchgesetzt und wir haben mehr Geld für Musikschulen realisieren können.

**Minister des Inneren Rainer Speer (SPD)**  
08.07.2010

*Statt 51 Rund-um-die-Uhr-Wachen soll es künftig noch „15 plus x“ Vollwachen für das ganze Land geben, wobei Speer „deutlich unter“ 20 Wachen bleiben wird, wie er kategorisch erklärte. „Die Wachen fressen Personal, das operativ fehlt. Nicht die Wachen sind unterwegs, sondern die Streifenwagen. (...) Da reicht eine Garage, ein Raum mit Spind und Waffenschrank.“*

Der Tagesspiegel, Berlin

**Beschluss des Landtages Brandenburg:**  
16.12.2010

*„Die Polizeipräsenz ist in der Fläche des Landes aufrechtzuerhalten, der Streifendienst im bisherigen Umfang zu gewährleisten. Die Interventionszeiten sollen sich nicht verschlechtern. Die flächendeckende Präsenz der Revierpolizisten bleibt.“*

Drucksache 5/2561-B

**Fazit:**

*Es bleiben fast alle Wachenstandorte erhalten und werden als Reviere oder Inspektionen weitergeführt. Einzige Ausnahme ist hier Potsdam-Babelsberg.*

Ich möchte nun auf ein Beispiel eingehen, das in unserer Partei strittig ist. Es macht sehr gut deutlich, dass man eigene Positionen auch im Regierungshandeln durchsetzen kann. Die Polizeireform ist auch bei uns in den Reihen sehr heftig diskutiert worden. Ich will nochmal festhalten, was Rainer Speer am 8.7.2010 als politisches Ziel der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für diese Reform ausgegeben hat. „Die Wachen fressen Personal, dass operativ fehlt, nicht die Wachen sind unterwegs sondern die Streifenwagen, da reicht eine Garage, ein Raum mit Spind und Waffenschrank.“ Das war die erste Zielmarke in der Debatte um die Polizeireform. Als zweite Zielmarke hat Rainer Speer durchblicken lassen, dass 5.500 Polizisten reichen müssten, um die Spinde dann auch aufzuschließen und die Wagen aus der Garage zu fahren. Das sich diese Positionen verändert haben, liegt nicht alleine an uns – das will ich an dieser Stelle ausdrücklich festhalten – sondern es gab im Land eine breite Diskussion darüber. Viele andere haben sich mit eingebracht und wir alle – also auch DIE LINKE in Regierungsverantwortung – haben einen Anteil daran, dass es im Beschluss des Landtages am 16.12.2010 nun konträr zur Position von Speer heißt: „Die Polizeipräsenz ist in der Fläche des Landes aufrecht zu erhalten.“ Es ist aus meiner Sicht ein großer Erfolg, dass alle Wachen erhalten bleiben. Mit einer Ausnahme, das ist die in Potsdam-Babelsberg.

### **3. Niederlagen und offene Kämpfe**

**Nicht alles gelingt uns.**  
*Öffentlicher Beschäftigungssektor im  
gewünschten Umfang  
zufriedenstellende Regelung der  
Altanschießerproblematik  
Forstreform*

Liebe Genossinnen und Genossen, wir können also vieles aus dem Leitbild, mit dem wir Handlungslinien unserer politischen Vorhaben vereinbart haben, als durchgesetzt verbuchen. Aber eine Bilanz wäre geschönt und unvollständig, wenn wir nicht auch über das reden würden, was

uns alles nicht gelungen ist. Es wird auch in Zukunft so sein, das mal was daneben geht. Es wäre vermessen zu glauben, dass uns alles gelingen könnte.

Wir haben auch schon an anderer Stelle eingestanden, dass wir den Öffentlichen Beschäftigungssektor nicht in dem Umfang realisieren konnten, wie wir das wollten. Wir waren nicht in der Lage, die Entscheidung der Bundespolitik an dieser Stelle zu kompensieren. Die finanziellen Mittel, die wir gebraucht hätten, stehen im brandenburgischen Haushalt nicht zur Verfügung.

Bei der Altanschließerproblematik haben wir eine Lösung gefunden haben, die besser ist als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollten. Aber sie ist leider nicht so gut, dass die betroffenen Bürgerinnen und Bürger damit wirklich zufrieden sind. Wenn wir das nicht festhalten würden, würden wir die Stimmung im Land an diesem Punkt ignorieren.

Auch bei der Forstreform haben wir uns nicht in dem Maße durchgesetzt, wie ich mir das gewünscht habe. Hier haben aus meiner Wahrnehmung die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ihre Vorstellungen durchgesetzt und nicht wir.

Neben dem, was wir nicht durchsetzen konnten, bleibt auch vieles umkämpft. Und diese offenen Punkte müssen natürlich Eingang in unsere neue Leitbilddiskussion finden. Da sind wir uns sicherlich alle einig. Eine aktuelle Diskussion, die übrigens schon vor 10 Jahren aktuell war und auch in 10 Jahren noch aktuell sein wird, ist die Energiepolitik im Land Brandenburg. Sie ist ein heiß umkämpftes Thema und ich bin davon überzeugt, sie wird ein heiß umkämpftes Thema bleiben, weil die Energiefrage alle Menschen in diesem Lande berührt. Es geht um Arbeitsplätze. Es geht um die Speicherung von CO<sub>2</sub>. Es geht um den Aufbau von Windrädern. Es geht um die Errichtung von Solarparks. Es geht um die Errichtung von Überlandleitungen oder unterirdisch verlegte Kabel. Und es geht darum, dass Energie bezahlbar bleibt und alle Brandenburgerinnen und Brandenburger, Heizung, Strom und warmes Wasser haben. Deshalb berührt das Thema das ganze Land und deswegen sind die Menschen hier so intensiv in der Auseinandersetzung.

#### **Vieles bleibt umkämpft.**

*Energiepolitik*

*Gemeinschaftsschule/Bildungspolitik*

*Reform des Öffentlichen Dienstes*

*Nachtflugverbot für den Flughafen BER*

*Mehr direkte Demokratie*

Umkämpft bleiben wird im Land auch die Bildungspolitik. Wir sollten uns hier nichts vormachen, es ist so, dass unsere Position der Gemeinschaftsschule möglicherweise von einer Mehrheit geteilt wird. Es gibt aber auch viele,

die diese Position nicht teilen. Wer sich an Hamburg und den dortigen Bürgerentscheid erinnert, weiß auch, wie er ausgegangen ist. Die linke Position hat sich im Ergebnis nicht widerspiegelt.

Wir brauchen eine Reform des Öffentlichen Dienstes. Die Frage, ob eine Reform nur Stellenabbau ist oder eine Funktionalreform, ist eine Frage, die im Land schon seit vielen Jahren diskutiert wurde und seit Monaten bereits erneut diskutiert wird.

Es wird auch so sein, dass der Fluglärm, der vom Flughafen Schönefeld mit der Betriebsaufnahme ausgehen wird, ein Thema bleiben wird. Selbst wenn die Flugrouten festgelegt sind, wenn die Nachtflugzeiten geregelt sind, kann man davon ausgehen, dass dieser Flughafen, solange wie er existiert, Gegenstand von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen sein wird. Die Kampf wird darum gehen, wie man wirtschaftliche Interessen mit den Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner vereinbaren kann oder auch nicht.

Ich glaube, auch in der Frage der direkten Demokratie bleibt die Auseinandersetzung im Land lebendig. Wir wissen, was wir für ein Mehr der direkten Demokratie im Leitbild gefordert haben. Wir wissen aber auch, was die anderen Parteien im Land wollen und es wird schwierig sein, unsere Vorstellungen gegen die anderen Parteien so durchzusetzen, wie sich das manche von uns gerne wünschen.

## **4. Neuer Dialog für ein neues Leitbild – veränderte Bedingungen**

Ich möchte langsam zum Schluss kommen und an dieser Stelle auf die Gegenwart zurückkommen, in der wir heute anfangen, über die Bedingungen zu reden, in denen wir die neue Leitbilddebatte beginnen. Ich will abschließend einige dieser Rahmenbedingungen nennen, die wir aus meiner Sicht nicht ignorieren dürfen.

### **Welche Rahmenbedingungen haben wir in den kommenden Jahren?**

*Chancen und Risiken*

*demografischer Wandel*

*schrumpfende Haushalte*

*Eurokrise*

*Klimawandel*

*technologischer Fortschritt*

*Umbau der Energieversorgung*

Es ist Fakt, wir haben einen demografischen Wandel im Land und daraus entwickeln sich unterschiedliche Bedingungen in den einzelnen Regionen. Es wird eine Herausforderung für die Landespolitik, dieses Mehr an Unterschiedlichkeit in einer gemeinsamen Landespolitik zu bündeln. Hierauf müssen wir neue Antworten finden.

Wir müssen also die Frage für ein Brandenburg der Regionen unter den veränderten Bedingungen diskutieren.

Wir werden, liebe Genossinnen und Genossen, in den nächsten Jahren einen schrumpfenden Haushalt haben. Wir können das bedauern. Wir können uns auch die Frage stellen, wie kann man das ändern. Aber die Tatsache von heute und der unmittelbaren Zukunft ist, dass die Haushalte schrumpfen werden. Das Wort „Haushaltskonsolidierung“ ist ein Euphemismus, eine Schönfärberei in Anbetracht der realen Lage, die wir in Brandenburg haben werden. Auch die Schuldenbremse ist eine Verfassungsrealität, an der wir im Land Brandenburg nicht vorbeikommen werden. Wir werden uns mit den Folgen der Euro-Krise auseinandersetzen müssen. Wir wissen noch nicht, wie die Entwicklung sein wird. Aber es steht außer Frage, dass sie tatsächlich Einfluss auf das haben wird, was hier in Brandenburg geschieht.

Der Klimawandel wird nicht aufhören und die Auswirkungen werden wir auch in der Landespolitik spüren. Die Hochwasser sind nicht weniger geworden, es mehren sich die Forderungen an die Landespolitik, die Wasserpolitik im Land zu verändern, Deiche zu bauen, Pumpwerke zu bauen, Kanäle freizulegen oder Wasser aus den Kellern von gefluteten Häuser auszupumpen. Das gehört alles zu dem Thema und wird uns weiter beschäftigen, aber: Es gibt auch positive Dinge, auf die wir bauen können und die wir in unsere Diskussion einbeziehen sollten.

Da steht der technologische Fortschritt an erster Stelle und dieser muss nicht nur Risiko sein, sondern er birgt auch Chancen. Er birgt Chancen für eine höhere Effizienz in der Landesverwaltung. Er birgt Chancen für die Bewältigung der Klimawandelprobleme. Er birgt Chancen bei dem Einsatz von erneuerbaren Energien und deswegen glaube ich, dass wir die Frage, welche Technologien wollen wir denn tatsächlich fördern, stärker diskutieren müssen. Was ist für diese Gesellschaft denn tatsächlich nützlich, was wollen wir im technologischen Wandel durchsetzen? Das gilt natürlich besonders für den Bereich der Energieversorgung.

**Fragen denen wir uns erneut stellen müssen:**

*Welcher Zeitgeist herrscht? Welche Politik?*

*Hat der Neoliberalismus abgewirtschaftet?*

*Was wollen wir erreichen?*

*Brandenburg der Regionen?*

*Wen wollen wir erreichen?*

*Wer sind 2014 unsere Wählerinnen und Wähler?*

*Wie wollen wir unsere Zielgruppen erreichen?*

*Dialog? Mit wem?*

*Wie wollen wir unsere Ziele umsetzen?*

*Fortsetzung der Regierung? Augenhöhe mit der SPD?*

*Welche Schlussfolgerungen ziehen wir aus bisherigen*

*Regierungsbeteiligungen?*

Im Kern haben wir dieselben Fragen wieder zu beantworten, die wir uns von 2006-2008 gestellt haben. Welcher Zeitgeist herrscht? Welche Politik herrscht? Hat der Neoliberalismus abgewirtschaftet? Was wollen wir erreichen? Wie wollen wir es durchsetzen? Mit wem? Wer sind 2014 unsere Wählerinnen und Wähler?

Liebe Genossinnen und Genossen, das sind die Fragen, die aus meiner Sicht jetzt am Anfang der neuen Diskussion aufgeworfen und beantwortet werden müssen. Dabei hat gerade die Frage nach den Wählerinnen und Wählern, die wir ansprechen wollen, eine hohe Brisanz und Sensibilität. Denn ein Teil der Wählerinnen und Wähler, die uns in der Vergangenheit gewählt haben, werden 2014 nicht mehr an den Wahlen teilnehmen. Auch das ist ein Teil der Wahrheit, den wir aus Berlin lernen müssen, unsere Kernwählerschaft hat ein hohes Alter erreicht. Die Vergänglichkeit ist eine nicht zu verleugnende Wahrheit der menschlichen Entwicklung. Wenn wir das Ziel – auf Augenhöhe mit den Sozialdemokraten zu sein – weiter verfolgen, müssen wir uns auch deshalb die Frage stellen: „Wer sollen denn die neuen Wählerinnen und Wähler sein, um die Augenhöhe zu verteidigen?“ Und ich sage hier nur das Stichwort: „Piraten“. Ihr Erfolg in Berlin schließt die technologische Debatte und die Frage: „Was verändert sich durch die Digitalisierung von allen Lebensbereichen?“ mit ein. Es zwingt uns auch die Frage auf, mit welchen Formen wir kommunizieren wollen? Wie wollen wir mit jungen Menschen in diesem Land Politik entwickeln? Was für eine Politik wollen junge Menschen selbst entwickeln? Teilen sie überhaupt noch unsere Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit?

All das sind spannende Fragen, die unser Denken und Handeln antreiben sollten. Bei allen offenen Fragen bin ich an einem Punkt fest in meiner Überzeugung: Der Dialog sollte in dem vor uns liegenden Arbeitsprozess unsere wichtigste Methode bleiben. Er war aus meiner Sicht das wichtigste Mittel unserer Politik und die Grundlage für unsere gemeinsamen Erfolge in den letzten Jahren.

An dieser Stelle setzt aus meiner Sicht unsere heutige Diskussion in den Arbeitsgruppen ein und ich möchte an dieser Stelle meine persönliche Bilanz der Leitbilddebatte schließen.

# Wir verändern!

Rede von Kerstin Kaiser, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg

Wer aber ist die Partei?

Bertolt Brecht hat so gefragt. Und weiter:

Sitzt sie in einem Haus mit Telefonen?

Sind ihre Gedanken geheim, ihre Beschlüsse unbekannt?

Wer ist sie?

Und dann sag ich, lieber Thomas: *Wir* sind sie, du und ich und wir, wir alle. In deinem Anzug steckt sie genauso und denkt in deinem Kopf. Wo ich wohne, ist ihr Haus. Und wo sie angegriffen wird, da kämpft sie.

Ich glaube, das ist so ein Punkt, an dem wir jetzt sind. Es geht darum, „Kampf“ zu übersetzen als *Streit* - in einem Land, in dem man gewaltfrei miteinander ein Leben gestalten soll und will. Das wollen wir - und zwar demokratisch. Dazu haben wir uns bekannt. Und trotzdem merken wir jeden Tag, dass es ein Stück weit ein Kampf ist.

Als wir vor nicht allzu langer Zeit im Landtag Brandenburg eine Aktuelle Stunde zu den begonnenen Zukunftsdebatten im Land durchgesetzt hatten, sagte der Vertreter der FDP, er verstehe gar nicht, was wir wollen. Und die Grünen sagten, sie wüssten gar nicht, warum wir auf die Zukunft ausweichen, es gehe doch um die Gegenwart und wir hätten schließlich die Hebel der Macht in der Hand. Das war hier heute schon Thema und deshalb sagen wir ja auch, wir beginnen die Debatte um die Zukunft des Landes hier und heute in der Gegenwart.

Im Programm steht, liebe Genossinnen und Genossen, ich soll die Thesen vorstellen, die da jetzt auf dem Tisch liegen. Ich möchte nach all dem, was bereits gesagt wurde, ein Stück weit etwas zu dem Rahmen sagen, zu dem Verständnis, wie wir diese Thesen sehen. Diese Thesen sind ein Beginn, sie sind Fragestellungen, sie sind Behauptungen, die es noch zu belegen gilt - oder zu widerlegen. Sie sind also ein Impuls für Denken - ein schon durchdachter Impuls, ok. Aber hier stoßen wir auf genau den Widerspruch, von dem Thomas gesprochen hat. Also: Wir beginnen damit eine Debatte. Und dabei werden wir gemeinsam sehen, was am Ende drauf, dazu oder zur Seite gelegt werden kann.

Erfreulicherweise hat die SPD auf ihrem jüngsten Landesparteitag, hat der Ministerpräsident in seiner Rede dort ganz viele Begriffe aufgenommen, die wir bereits mit unserem ersten Leitbild auf die Tagesordnung gesetzt hatten: Teilhabe, soziales Miteinander, Kampf gegen Langzeitarbeitslosigkeit. Der Begriff „Gemeinschaftsschule“ fiel.



Jetzt sind wir gefragt. Wir sehen: aha, die gleiche Richtung wäre möglich. Nun ist es an uns, die Konsequenzen aufzuzeigen, Konzepte zu entwickeln. Das betrifft nicht nur die Ressorts, die wir verantworten, sondern es betrifft alle Politikbereiche.

Ich erinnere an unser Leitbild I - das rote Heft (ich habe es jetzt auf dem Tisch liegen gelassen). „Unsre Heimat“ steht vorne drauf. Als Oppositionspartei waren wir in der Lage, unser Land positiv zu sehen, wir haben seine Stärken gesehen - und wir haben die widersprüchliche Bilanz seit 1990 diskutiert und erfasst. Wir waren in der Lage, die Stärken, die Schönheiten, die Potenziale des Landes zu erkennen und auch die Fehlleistungen der Politik unserer eigenen einbegriffen. Wir waren in der Lage, Verantwortung zu übernehmen für Geschichte, aber wir waren realistisch und offen genug, notwendige Veränderungen zu fordern und Gestaltungsoptionen aufzuzeigen.

Das wäre mein Wunsch auch jetzt, in dieser veränderten Situation, wo wir nicht mehr aus der Oppositionshaltung auf die Dinge gucken. Ich wünsche mir, dass wir aus der Regierungsverantwortung heraus genauso so einen positiven Blick auf das Land werfen, auf das, was möglich war, auf die Veränderung, die Weichenstellungen, die vorgenommen worden sind. Solche Weichenstellungen hat es gegeben - dahingehend,

- dass soziale Gerechtigkeit wieder auf den Tisch der Politik zurückgekehrt ist,
- dass Kommunen zielgerichtet gestärkt werden und nicht zur Konsolidierung des Landeshaushaltes stranguliert werden.

Es hat solche Weichenstellungen in der Schulpolitik gegeben, wo wir dafür sorgen, dass die sozialen Gräben

nicht immer tiefer werden. Das war doch unser Befund: In Brandenburg hängt eine gute Bildung von dem Geldbeutel der Eltern wieder ab. Das wollten wir ändern - und daran haben wir etwas geändert.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte, dass wir an diesen Weichenstellungen dran bleiben und weiter daran arbeiten. Das ist gemeint, wenn ich von einem positiven Blick auf Chancen und Potenziale und auch auf unsere eigene Verantwortung spreche.

Dazu gehört, ganz klar Interessen zu benennen. Und es braucht Kompromisse. Ein Viertel der Brandenburgerinnen und Brandenburger hat uns gewählt - das ist viel, aber es nicht die Mehrheit. Deswegen sind wir ja auch nicht allein als Regierungspartei.

Bei alledem dürfen wir uns schließlich - und deswegen eine neue Leitbilddebatte! - nicht in die sog. Sachzwangfalle begeben, uns nicht im Machtbaren einrichten, nicht so tun, als wäre all dies auch ohne eine neue Kultur, einen neuen Stil von Politik zu bewältigen. Das war im Übrigen ein ganz wesentlicher Punkt in unserem alten Leitbild. Wir können also in vielerlei Hinsicht Linien aus diesem Leitbild weiter bearbeiten, sie weiterverfolgen.

Dafür legen wir jetzt mal einen Zwischenstopp ein. Wir fragen: Wo haben sich Rahmenbedingungen geändert? Wo haben wir uns geändert? Sind wir glaubwürdig in dem, was wir tun, wie wir es tun?

Liebe Genossinnen und Genossen - wir sind nicht nur in der Regierungsverantwortung, damit wir im guten Glauben Schlimmeres verhindern. Sicher - das wäre auch mal eine spannende Geschichte: Wie wäre es in Brandenburg weiter gegangen, wenn die alte Koalition geblieben wäre? Aber das ist nicht entscheidend für uns. Für uns ist nicht entscheidend, ob wir Schlimmeres verhindern, sondern natürlich, ob wir Schritte des Verbesserns im System erreicht haben. Und diese sind hier heute alle in Stichworten angesprochen worden: KITAS, Lehrerstellen, Schüler-Bafög, Mindestlohn, Angebote für Langzeitarbeitslose, wir haben mehr Sozialrichter eingestellt und das als Daseinsvorsorge verstanden, wir stabilisieren die medizinische Versorgung auf dem Land, wir tun etwas für die Kommunen.

Ja, all das haben wir verbessert. Aber entscheidend ist, ob wir bei all diesen Weichenstellungen bereits erkennbar machen konnten, wie Schritte in eine neue Gesellschaft gegangen, Überleitungen, Brücken dahin gebaut werden können. An welchen Momenten erkenne ich, dass ich mich nicht nur am Verbessern des real existierenden Kapitalismus festhalte, sondern: Wo kommt eine neue Gesellschaftsvorstellung zum Vorschein? Nur dann gewinne ich die Leute, für etwas anderes mitzumachen. Das ist m. E. auch die Rolle des Leitbildes und das wird die Frage bei

der Bilanz des jetzigen Leitbildprozesses oder auch der jetzigen Realpolitik bis hier bleiben.

Ich sehe durchaus solche Elemente in unserer Politik, bei denen in der Praxis von heute eine neue Gesellschaftsvorstellung zum Vorschein kommt. Die Einführung des Ökologie-Checks z. B. ist so etwas; da ist ein neues Verständnis von Politik erkennbar.

In Sachen Mindestlohn, mit dem in Politik umgesetzten Anspruch, dass man von seiner Arbeit leben können muss, haben wir die Würde des Menschen ganz praktisch wieder ein Stück weit von der Peripherie näher heran ans Zentrum der Anstrengungen geholt. So sehe ich auch unseren Einsatz für eine Schule für alle Kinder, für die Gemeinschaftsschule.

Oder für verbesserte Möglichkeiten, dass sich die Bürgerinnen und Bürger mittels direkter Demokratie und dialogorientierten Verfahren ganz anders an Politikgestaltung beteiligen. Es reicht eben nicht mehr, dass die einen den anderen nur sagen, worum es geht und wie es gemacht wird. Diese Erfahrung machen wir doch selbst. Wo wir Kommunikationsprobleme haben, lösen wir sie doch nicht allein durch tolle Ideen, wie wir unsere super Inhalte den anderen verständlich machen können und dabei deutlich machen, wir haben ja recht. Nein - auch für uns ist es eine Frage eines neuen Stils, wo Politik entwickelt wird an den genannten Widersprüchen entlang.

Damit bin ich wieder bei der Leitbild-Debatte und ihren Rahmenbedingungen. Also es geht nicht ohne Widerstreit der Interessen. Wir sind Bestandteil gesellschaftlicher Veränderung. Entscheidend sind die Inhalte, entscheidend ist der Weg, ist die Kultur der Politik. Aber zugleich muss in dem, was wir tun, die Gesamtidee erkennbar sein, müssen unsere Ziele zu einer Politik aus einem Guss zusammen laufen. Sozial, demokratisch, nachhaltig - dass sind die Maßstäbe. Das gilt für das Ressorthandeln der einzelnen - jetzt, hier und heute - wie auch für das Gesamthandeln der Partei.

Liebe Genossinnen und Genossen, so politisch zu arbeiten, ist nicht einfach. Es läuft nicht widerspruchsfrei und nicht konfliktfrei. Ich bin z.B. mit dem Innenminister ganz oft nicht einverstanden; wir haben zu direkter Demokratie als Fraktion und als Partei durchaus viel weiter gehende Vorstellungen und haben das im Streit um die Volksgesetzgebung auch ganz deutlich gemacht. In anderen Bereichen ist es leichter, zu Gemeinsamkeiten zu finden. Bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus z. B. Wir setzen dabei nicht vorrangig auf innenpolitische Instrumente, sondern wir sagen, wir wollen die Zivilgesellschaft stärken - auch finanziell, die Projekte stärken, wir setzen auf Bildung und Aufklärung, auf die Auseinandersetzung auch in den Kommunen. Wir



wollen keine Geheimniskrämerei, keine Stärkung von Geheimdiensten mit möglicherweise tödlichen Konsequenzen, wie wir gesehen haben. Da gibt es auch die Möglichkeit im Land Brandenburg, mit dieser SPD sich abzusprechen. Wir wollen das, was das Tolerante Brandenburg geleistet hat, bundesweit nicht nur zur Debatte stellen, sondern als Erfahrung anbieten.

Und da, liebe Genossinnen und Genossen, sind wir wieder in der Verantwortung mit unserer Leitbilddebatte, auch nicht nur für uns in Brandenburg, für die Glaubwürdigkeit der LINKEN in Brandenburg, sondern wir sind auch ein ganzes Stück weit in Verantwortung für die linke Partei und für die die linken Bewegungen. Wir zeigen, was möglich ist in dieser parlamentarischen Rolle, was aber weit hinaus geht, über das, was Tagespolitik und Sachzwänge gestatten.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte an der Stelle auch sagen: Bei alledem, was wir jetzt diskutieren, sind wir verlässlich - verlässlich im Umgang mit dem Vertrag, der auf dem Tisch liegt, als Koalitionspartnerin. Aber wir sind auch sehr verlässlich in den Unterschieden zur Koalitionspartnerin. Und über die, die den Meinungsstreit jetzt produktiv machen, die unser Profil schärfen, werden wir reden, auch in dieser Debatte. Insofern ist Wettbewerb ein gutes Wort. Im Sport und im Denken ist ja Wettbewerb etwas, wovon alle Beteiligten etwas haben.

Es ist doch so: Auch der Ministerpräsident und andere Minister lassen sich nicht davon abhalten, Positionen zu äußern zu Vattenfall, zum Hochwasser, zu CSS, zur Braunkohle, zur Nettoneuverschuldung, zu den Amtsgerichten - auch wenn Anita Tack Umweltministerin ist, wenn Volkmar Schöneburg Justizminister ist, wenn Ralf Christoffers Wirtschaftsminister ist und Helmuth Markov Finanzminister. Die anderen Minister äußern ihre Position trotzdem. Und wir äußern unsere und werden unsere Vorstellungen entsprechend jetzt entwickeln.

Das, was wir nicht vermögen, wird uns weiter unruhig machen, das, was wir nicht schaffen, wird uns ärgern und

das, was wir unterlassen haben, das wird uns quälen. Aber dennoch bin ich der Auffassung, es ist unglaublich wichtig, gerade das deutlich zu machen, was wir schaffen, was wir können und immer wieder aufzustehen morgens. Vorhin hat Daniela Trochowski gesagt, Zeit und Schlaf vermisst sie. Das geht wohl nicht nur ihr so. Und trotzdem: Jeden Morgen stehen wir wieder auf und machen uns daran, zu zeigen und zu tun, was wir können. Aber das kann man nicht alleine. Die Ministerinnen und Minister können das nicht alleine. Wir können nicht ihre Akten durcharbeiten und ihre Entscheidungen für sie fällen - aber wir können und müssen sehr wohl dabei an ihrer Seite sein. Ich vertraue jedem einzelnen dieser Ministerinnen und Minister immer noch mehr als einem beliebigen Chor von Pressestimmen, das sage ich an dieser Stelle ganz deutlich. Ich möchte als Fraktionsvorsitzende dafür werben, dass dieses Vertrauen ineinander tatsächlich nicht auf der Strecke bleibt im Meinungsstreit, der normal ist bei Widersprüchen, die zur Entwicklung zugehören.

Ich komme zurück zu den Thesen.

Ihr werdet festgestellt haben, sie sind in einer bestimmten Art gegliedert. Diese Gliederung muss nicht so bleiben. Aber für den Anfang haben wir uns entschieden, uns am Begriff der Nachhaltigkeit zu orientieren - so komplex, wie es die entsprechende Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zum Schutz von Menschen und Umwelt schon in den 90er Jahren entwickelt hat. Nachhaltigkeit als die Konzeption einer dauerhaft zukunftsfähigen Existenz der ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimension menschlicher Existenz - das ist der Maßstab für das Wirken unserer Politik und der Maßstab für unsere jetzige Debatte. Das heißt, dass wir jetzt die Belange der Welt als solche aber auch die unserer Kinder und Enkel von vornherein mitdenken. Enkeltauglichkeit als Hauptkriterium unserer Politik. So ergaben sich die Schwerpunkte:

- Nachhaltige Bildungslandschaft - also die Frage: Werden die Kinder in Brandenburg in 10, in 15, in 20 Jahren Schulen vorfinden, die Lebensort sind, in denen sie gemeinsam lernen, in denen ihre Unterschiedlichkeit tatsächlich gefördert wird?

- Nachhaltig wirtschaften und arbeiten - das heißt: Wird Arbeit menschlich bezahlt? Wird der Gegenstand der Arbeit sozial und ökologisch? Kann ich in einem Beruf arbeiten? Kann ich von meiner Arbeit leben und kann ich davon auch solidarisch Zeit für mich absichern, wo ich nicht mehr arbeite?
- Nächster Punkt: Lebensqualität in zukunftsfähigen Städten und Dörfern. Haben vor Ort die Vertreterinnen und Vertreter in den Kommunen, haben die Leute in ihren Lebensorten Kompetenzen und Mittel in der Hand, um sie auch so zu gestalten, dass ein solidarisches Gemeinwesen für alle Generationen da ist, man also wirklich heimisch bleibt.
- Nachhaltig den Klimawandel bewältigen. Das heißt auch, die Energiewende versorgungssicher und sozialverträglich zu gestalten. Am Ende steht auch die Frage, die auch die Frau in unserem Eröffnungsfilm aufgeworfen hat: Kann ich die Energie, den Strom tatsächlich noch bezahlen? Können sich den noch alle leisten?
- Und schließlich: Nachhaltige Finanzpolitik. Was dann verlangt, den Umgang mit einem verschuldeten Haushalt, den Umgang mit Schulden überhaupt, natürlich auf Schuldenabbau zu richten, aber nicht nach dem Grundsatz „Koste es, was es wolle“. Wir wissen das genau, wofür wir die 700 Mio., die das Land im Jahr Zinsen zahlt, gerne einsetzen würden - aber wir haben sie eben nicht. Wie betreiben wir also Haushaltspolitik so, dass wir zwar einsparen, aber trotzdem die wichtigen Lebensprozesse, die wir inhaltlich politisch gestalten müssen, nicht abwürgen, also auch investieren in Zukunft. Wie finden wir also - das können wir aber wahrscheinlich gar nicht allein - entsprechende Entschuldungskonzepte für die öffentlichen Haushalte, nicht nur in Brandenburg sondern bundesweit? Daniela

hat betont, hier sind wir auch im Chor der Bundesländer eine Stimme und da müssen wir möglicherweise nicht für Dissonanzen allein sorgen und auch nicht allein stehen bleiben, sondern müssen versuchen, hier Mehrheiten für ein solches Herangehen zu organisieren. Kommunen gibt es in der ganzen Bundesrepublik und eine nachhaltige Finanzpolitik wäre auch in der ganzen Bundesrepublik erforderlich.

Liebe Genossinnen und Genossen,  
unser Land ist in Bewegung. Und Rot-Rot sorgt dafür, dass diese Bewegung nicht ins Leere läuft. Bei der Kita-Volksinitiative 1999/2000 wurden noch 125.000 Unterschriften in den Papierkorb getan und sich auf diesem Gebiet änderte sich gar nichts in der Zeit bis 2009. Die Inhalte, die Belange der damaligen Kita-Initiative waren von der Landespolitik rundweg abgelehnt worden. Wir haben inzwischen sehr viele Bürgerinitiativen und das ist auch in Ordnung. Wir schauen genau hin - und sehen: Volksinitiativen sind nicht fundamental gegen die Politik der Landesregierung gerichtet, sondern oftmals wollen sie sie konsequenter! Sie wollen die deutlichere Vertretung bestimmter Interessen, sie wollen schneller bestimmte Ziele erreichen. Wir werden da nicht immer einig werden. Zur vorrangig ungebremsten Entwicklung freier Schulen sind wir anderer Auffassung, eben weil wir einen anderen Zugang haben und sagen, das öffentliche Schulwesen ist für uns vorrangig. Aber für bessere Bildung im Lande - dafür sind wir alle. Und so ist es zumeist, wenn Bürgerinnen und Bürger sich in Bewegung setzen: Sie sind mit uns im Grundsätzlichen großteils in Übereinstimmung und sind unzufrieden über das Schrittmaß, dass die Politik an den Tag legt, über die Konsequenz, die Gewichtung, die Ausrichtung im Detail.

## Protokolle der Thementische bei der Konferenz zum Auftakt der Leitbilddebatte am 3.12.2011

Tisch 1: Lebensqualität für zukunftsfähige Städte und Dörfer

Tisch 2: Nachhaltige Bildungslandschaft fördern

Tisch 3: Wirtschaft und Arbeit

Tisch 4: Brandenburg als Vorreiter im Umgang mit Energie und Klimawandel

Tisch 5: Zukunftsfähige Finanzpolitik

Tisch 6: Methoden, wie wollen wir die Debatte führen?



## Tisch 1: Lebensqualität für zukunftsfähige Städte und Dörfer

Moderation: Stefan Ludwig, Margitta Mächtig

Protokoll: Karin Schröter

- Kurze Erläuterung der vorgelegten Thesen der Landtagsfraktion
  - Wurde die Frage debattiert: Wie ist bis in die kleinste Kommune die demokratische Mitwirkung garantiert? Dazu wurde betont, dass die sozialen Aufgabenstellungen der Kommunen eine wachsende Rolle spielen; Städte und Dörfer bzw. Ortsteile dürfen nicht gegeneinander gestellt werden, im Gegenteil: Der Zusammenhalt von Städten und Umlandgemeinden in kommunikativer, kooperativer Hinsicht und im Sinne von gemeinschaftlicher Lebensweise wurde herausgestellt. Demokratie in der Kommune bedeutet Entscheidungsspielraum, dieser sinkt, sobald die Kommune mit einem Haushaltssicherungskonzept belastet ist.
  - Kommunale Unternehmen müssen weiter gestärkt werden. Die Rechte der kommunalen Vertreter gegenüber dem Gesellschafter sollten ausgebaut werden
  - Die Rechte der Ortsteile müssen durchgesetzt bzw. erweitert werden.
  - Die Notwendigkeit herangereifter interkommunaler Zusammenarbeit wurde der Herangehensweise über neue Kreisgebietsstrukturen entgegengesetzt; die Bilanz der Kreisgebietsreform zeigt, dass interkommunale Kooperation unser Schwerpunkt sein muss. Es ist nicht erforderlich, von oben festzulegen (SPD), wie viel Einwohner Kreise und Kommunen haben müssen. DIE LINKE sollte einen Ansatz vertreten: endogene Entwicklungspotentiale aus den Kommunen nutzen, das ist der Inhalt kommunaler Selbstverwaltung.
  - In diesem Zusammenhang bedeutet kommunale Selbstverwaltung: Entwicklungsnotwendigkeiten und -tendenzen erkennen, eigenverantwortlich reagieren, Vertrauen zu den Akteuren und Entwicklungskräften entwickeln.
  - Prozess der Funktionalreform muss weiter gehen, indem erst die Aufgaben analysiert werden (das läuft gerade jetzt in der EK 5/2) und danach kann man zu Veränderungen gelangen, Reformen müssen zugleich auch von unten wachsen. Vernunft gebietet Zusammenarbeit von Stadt und Umland – das kann in großem Stil ausgebaut werden.
  - Kommunale Finanzausstattung ist ein Dauerthema, die rot-rote Landesregierung hat schon einiges zum Besseren wenden können. Dennoch gehört die Kommunalverfassung auf den Prüfstand, die Kreisumlage schränkt die Handlungsfähigkeit der Kommunen stark ein. Zugleich wurde die Amtsumlage problematisiert und die strittige These aufgestellt, die Kreise seien künstliche Gebilde, entscheidend seien die Kommunen.
- 
- Trotz Visionen sollte man sich nicht von Wunschdenken leiten lassen. Im Vordergrund sollten zwei Fragen stehen: 1. Wie muss die Verbindung von Bürger und Verwaltung sein, wenn es um die Leistungen für den Bürger geht? 2. Was kann in der kommunalen Selbstverwaltung vor Ort wirklich geleistet werden? Diese Fragen müssen wir beantworten und einem Abwägungsprozess unterziehen (EK5/2 Bürgerbefragung).
  - Lebensqualität in den Kommunen: Was heißt vor Ort „öffentliche Daseinsvorsorge“ für Städte und Gemeinden, dies gilt es weiter auszufüllen. Verwaltungsdiskussionen schrecken Bürger ab, sie wollen Problemlösungen. Vereine, Verbände, gemeinschaftliche Werte sollen besser gefördert werden, dabei gibt es starke Unterschiede in den Regionen. Wohnformen ändern sich, Eltern und Kinder wollen in der Nähe zusammen wohnen; Alternativen, einschließlich Pflege, sind v.a. auf dem Lande schwierig.
  - Mobilität: ÖPNV/SPNV gerade für Kinder und Jugendliche sind immer mehr eine Frage von Teilhabe (Vereine, Musikschule, Freizeit); lange Fahrzeiten, Fahrpläne sind Barrieren. Auch die Abgeordneten der Kreistage müssen in der Fläche tätig sein können, das ist problematisch, erst recht bei Vergrößerung der Landkreise.
  - Dezentrale Verwaltungspunkte werden favorisiert, räumliche Nähe trotz Verwaltungsferne sollen auch wegen der demografischen Entwicklung praktiziert werden (Mobile Verwaltung, Punkt in der Sparkasse...).
  - Bürger sollten bei den unterschiedlichen Bedingungen unmittelbar nach ihrer Meinung gefragt werden, sie sollten unkompliziert ihre Meinung zum Ausdruck bringen können und stärker angesprochen werden, dann wird man feststellen: sie möchten sich einbringen und haben gute Ideen (für Verwaltung immer noch lästig).

**Konsequenzen in der Runde waren darüber hinaus:**

- Öffentliche Hand muss starke Verantwortung für öffentliche Daseinsvorsorge tragen.
- Kommunen müssen in diesem Anspruch unterstützt werden, neue Dimensionen müssen erfasst werden.
- Bürgerbeteiligung über gesetzlich formulierte Bestimmungen hinaus praktizieren
- Kommunikation, Information und Transparenz müssen sich dabei in neuen Formen wiederfinden.
- Verwaltung muss zu einfacher, verständlicher Sprache kommen; Fachjargon muss in Alltagssprache übersetzt werden, nur so geht Teilhabe und Mitwirkung praktisch.
- Nicht gelöstes Problem: Unter der Maßgabe der interkommunalen Zusammenarbeit – wie kann demokratische Mitwirkung und Kontrolle sowie Bürgerbeteiligung gewährleistet werden? DIE LINKE muss dafür eine Lösung erarbeiten (gemeinsame Ausschüsse?).
- Das Thema „Spezifik der Regionen“ muss weiter vertieft werden
- „Dorfbewegung“ als Form der demokratischen Mitwirkung und kommunikativer Plattform sollte unterstützt



Anhang:

**Thesepapier Tisch 1: Lebensqualität für zukunftsfähige Städte und Dörfer**

*„Die Selbstverwaltung der märkischen Städte und Gemeinden ist gegenwärtig eher eine Fiktion... Ein Zurückweichen auf den Metropolenraum darf es nicht geben!“*

Aus: Leitbild „Unsre Heimat“ (2007)

Das Land Brandenburg benötigt starke Städte und Kommunen, die als politische Akteure selbstbestimmt handeln und ihre Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge im Raum erfüllen können. Voraussetzungen dafür sind echte kommunale Entscheidungskompetenz und deren entsprechende finanzielle Untersetzung. Auf dem Land vollziehen sich tiefgreifende soziale Umbrüche. Die Dörfer verlieren ihre traditionelle wirtschaftliche Basis. Neue Strukturen bilden sich im Zuge der energetischen Wende heraus. Umfassende Strukturanpassungen in der Organisation der kommunalen Verwaltung des Landes müssen erfolgen, um die sozioökonomischen Herausforderungen im gesamten Land erfolgreich meistern zu können. Dabei sind die prognostizierten demografischen Veränderungen von besonderer, jedoch nicht allmächtiger Wirksamkeit für die Politik der Zukunft.

These 1: Die Disparitäten im Land nehmen zu. Das gilt sowohl für die Bevölkerungsentwicklung als auch für Wirtschaftskraft und die damit verbundenen Finanzen der Kommunen. Gerechtigkeit und Solidarität bedeuten für DIE LINKE, auch zukünftig ohne Wenn und Aber die öffentliche Daseinsvorsorge im gesamten Land Brandenburg zu sichern.

These 2: DIE LINKE stärkt die rechtlichen und finanziellen Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung in Brandenburg. Damit können die Kommunen ihre wachsenden Aufgaben in der Fläche umfassend erfüllen. Zugleich stellt sich DIE LINKE der strategischen Herausforderung, den politischen Raum unter dem Aspekt der Funktionalität neu zu strukturieren.

These 3: DIE LINKE ist Bürgerrechtspartei. Sie tritt konsequent für die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land ein; dies in den verschiedenen Bereichen, Ebenen und auch Formen. Demokratische Teilhabe bedeutet zugleich, partikulare Interessen nicht über die des Gemeinwesens zu stellen, sondern im offenen Dialog einen fairen Ausgleich zu finden.

## Tisch 2: Nachhaltige Bildungslandschaft fördern

Moderation: Torsten Krause

Protokoll: Torsten Krause

### I. Ausgangssituation

Im Rahmen der Auftaktkonferenz zur Leitbild-Debatte II der Partei DIE LINKE Brandenburg wurde ein Diskussions-tisch zu nachhaltigen Bildungslandschaften angeboten. Die Verständigung zum Thema „Bildung ist individuelles Grundrecht“ an diesem Tisch wurde von Torsten Krause strukturiert und protokolliert. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde begannen wir eine Verständigung zu den Erwartungen an den Workshop. Dabei wurde deutlich, dass sich die Teilnehmenden zwischen den Polen „Visionen“ und „konkretem Handeln“ einordneten. Dieser Widerspruch dominierte an verschiedenen Stellen die Diskussion und konnte nicht aufgelöst werden. Für die weitere Arbeit an dem Leitbild scheint es daher ratsam, die Frage nach der Bedeutung bzw. Rolle des Leitbildes zu klären. Soll es um ein visionäres Bild vom Land Brandenburg in der Zukunft gehen (so, wie es von mehreren Rednern auf der Tagung auch angesprochen wurde) oder geht es um ein Wahlprogramm mit konkreten Schritten und Handlungsmaximen für die Zeit ab 2014?

### II. IST- Stand

Anschließend haben wir Gedanken gesammelt, die uns in den Sinn kamen zur Beschreibung von Missständen in der aktuellen Bildungslandschaft. Angesprochen wurden unter diesem Punkt jedoch nicht nur Misere, sondern auch Punkte, die zu wenig Beachtung finden.

Von den Teilnehmenden wurde dabei besonders hervor-gehoben:

- dass Bildung vom Kind aus gedacht werden muss,
- dass wir uns um die Themen Schulabbruch bzw. Schulverweigerung kümmern sollten,
- dass Schulsozialarbeit ein stärkeres Gewicht erhalten soll,
- dass wir über den Stellenwert von Bildung in der Gesellschaft sprechen müssen,
- dass Bildung als Infrastrukturfaktor zu beachten ist,
- dass auch die Erwachsenenbildung nicht zu kurz kommen darf (lebenslanges Lernen),
- dass wir über die Zukunft der Förderschulen sprechen müssen (Inklusion),
- dass wir die Rolle der Schulen in freier Trägerschaft klären müssen,
- dass wir Schulstandorte erhalten müssen und die jetzt schon langen Fahrzeiten der SchülerInnen beachten müssen,
- dass es kein bundeseinheitliches Abitur gibt,
- dass der Föderalismus als Problem im Bereich der Bildung zu erachten ist,



- dass (studentische) Mitbestimmungsmöglichkeiten zu schwach ausgeprägt sind,
- dass MitarbeiterInnen an den Hochschulen prekär beschäftigt werden,
- dass Bildung außerhalb von Schule zu wenig Beachtung geschenkt wird,
- dass die Angebote der Oberstufenzentren zu weit entfernt sind sowie
- dass es zu wenige Meisterschulstandorte im Land gibt und diese nicht erreichbar sind.

Als positiv im brandenburgischen Bildungsbereich bewerteten die Teilnehmenden:

- die materielle Ausstattung vieler Schulen,
- den Beginn der Umsetzung der Inklusion an einigen Schulen,
- die Einstellung von Lehrkräften in den Schulen und ErzieherInnen in den Kindertagesstätten,
- die Übergänge und die Zusammenarbeit an Schnittstellen zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen sowie Grundschulen und weiterführenden Schulen (weniger gut wurden jedoch die Übergänge von Schulen zu Universitäten, OSZ bzw. von Oberschulen zu Gymnasien bewertet)
- und die zunehmende Vernetzung vor Ort und die damit verbundene Herausbildung kommunaler Bildungslandschaften.

### III. Wo wollen wir hin?

Ausgehend von dieser Analyse der Ist-Situation haben wir darüber gesprochen und diskutiert, was DIE LINKE an Themen bearbeiten, vorantreiben, mitdenken und im Blick haben muss, um ein gerechtes Bildungssystem zu schaffen. Nach Ansicht der Teilnehmenden gehören dazu auf jeden Fall:

- die Verschiebung von der Defizitorientierung hin zur Förderung der Stärken der Kinder,
- die Aufhebung der Gliederung des Schulsystems,
- die Diskussion um die Rolle der freien Schulen in Brandenburg,
- die Einführung eines umfassenden, beitragsfreien Rechtsanspruchs auf Kindertagesbetreuung für alle Kinder sowie
- die Einführung eines inklusiven Schulsystems.

#### IV. Fazit

Im Ergebnis dieses Diskussionstisches kann festgehalten werden, dass These 1 des Arbeitspapiers mit dem Vorbehalt der Diskussion um die Rolle der Schulen in freier Trägerschaft bestätigt werden kann. Im Laufe der Verständigung wurden ungeachtet der unterschiedlichen und vielfältigen Themen und Diskussionspunkte immer wieder eingefordert, dass ein linkes Schulkonzept innovativ (z.B. Technikeinsatz statt Fahrwege), individuell (das Kind beachtend), flexibel (Klassenstärken, Fachangebot, etc.) und insgesamt kreativer (pädagogische Konzepte) sein muss, als es das bisherige Schulsystem ist. Unter diesen Aspekten kann These 2 des Arbeitspapiers durchaus weiter-



entwickelt und prononcierter formuliert werden. Themen, die These 3 betreffen, wurden zwar punktuell benannt und angesprochen, aber nicht hinreichend diskutiert. Die Beteiligten an unserem Diskussionstisch halten das Konzept unserer Partei zur Einführung einer Gemeinschaftsschule für weiterhin aktuell und erstrebenswert. Die o.g. Punkte sollten bei der Umsetzung des Konzeptes Berücksichtigung finden.

Anhang:

#### Thesenpapier Tisch 2: Nachhaltige Bildungslandschaft fördern

„Bildung ist individuelles Grundrecht.“

Aus: Leitbild „Unsre Heimat“ (2007)

Bildungspolitik ist Zukunftspolitik. Wissen ist der Motor nachhaltiger Entwicklung. Die brandenburgische Bürgergesellschaft muss an den Prozessen des Wissenserwerbs und der Wissensvermehrung ungeteilten Zugang haben. Deswegen hat Bildung für DIE LINKE Priorität. Chancengleichheit und demokratische Teilhabe sind auch in der Bildung der rote Faden unseres Politikansatzes. Wir halten an unserem Ziel fest: Die Brandenburger sollen alle Möglichkeiten der Wissensgesellschaft nutzen können, und dies von Brüssow bis Ortrand und von Frankfurt (Oder) bis Wittenberge, von der berufstätigen Frau bis zum Vorruchständler, von Vorschulkindern bis zu Senioren.

These 1: Das mehrgliedrige Schulsystem hat sich überlebt. Wir benötigen starke öffentliche Schulen, die langes gemeinsames Lernen ermöglichen. Das zweigliedrige Schulsystem ist keine Alternative! Die inklusive Gemeinschaftsschule ist das beste Konzept für ein solidarisches Lernen. Dafür tritt die Brandenburger LINKE ein.

These 2: Die demografischen Veränderungen führen im Bereich der Bildung zu dramatischen Konsequenzen. In Wachstumsräumen halten wir an unserem Anspruch einer lernfördernden Schüler-Lehrer-Relation fest. In ländlichen Regionen mit starkem Rückgang der Bevölkerung gewährleisten wir ortsgebundene Schulen. Mit der Suche nach flexiblen Lösungen steuern wir dem einseitigen Trend zur (städtischen) Konzentration entgegen.

These 3: Innovation setzt Bildung voraus. Die Entwicklung Berlin-Brandenburgs zur Innovationsregion erfordert eine deutlich bessere Ausstattung der Hochschulen. In der dynamischen Wissenschaftsregion stärken wir den Hochschulsektor im Land Brandenburg.

## Tisch 3: Wirtschaft und Arbeit

Moderation: Andreas Bernig

### Wirtschaft:

Zur Frage, was sind zukunftsfähige Wirtschaftsstrukturen, erläuterte Ralf Christoffers die Punkte der Weiterentwicklung der wirtschaftspolitischen Strategie im Land Brandenburg. Das dazu vorliegende Papier kann somit auch als Protokoll gelten.

### Arbeit:

Die Diskussion hielt sich aus Zeitgründen in einem engen Rahmen. Als Stichpunkte für das Leitbild wurden angesprochen:

Generelle Stichworte:

- Sozial-ökologischer Umbau
- Verzahnung Wirtschaftspolitik, Infrastrukturpolitik, ländliche Entwicklung und Arbeitsmarktpolitik
- einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn und Verhinderung von Armut im Alter
- kein Billiglohnland – Bekämpfung prekärer Beschäftigung

Nachhaltiger, zukunftsfähiger Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor:

- reguläre Beschäftigungsverhältnisse
- Verknüpfung Förderinstrumente des Bundes mit denen des Landes
- Möglichkeiten der Nutzung EU-Mittel, ESF in der neuen Förderperiode ab 2014
- bisherige Defizite abbauen – Quantität, 7,50 € als Mindestlohn, nur ein, zwei oder drei Jahre Förderung, keine Arbeitslosenversicherung

Anhang:

### Thesenpapier Tisch 3: Wirtschaft und Arbeit

*„Eine nachhaltige Arbeitsmarktpolitik beginnt nicht erst bei der Verwaltung von Arbeitslosigkeit. „Hartz IV“ liegt nicht im Zentrum, sondern am Ende einer verfehlten Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik.“*

*Aus: Leitbild „Unsre Heimat“ (2007)*

Eine zukunftsfähige Wirtschaftsstruktur muss im Land Brandenburg etabliert werden. Dies war und ist erstrangiges Ziel der LINKEN. Bis 2020 werden die Rahmenbedingungen schwieriger: Sie reichen von geringeren EU-Strukturfonds-Mitteln bis zum dramatischen Rückgang der Bevölkerung in Teilen des Landes. Es bedarf eines integrativen ressortübergreifenden Politikansatzes. Um die Standortvoraussetzungen und Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu sichern, müssen Wirtschaftspolitik, Infrastrukturpolitik, ländliche Entwicklung und Arbeitsmarktpolitik verzahnt werden. Dies nicht ohne soziales Augenmaß: Eine Wirtschaftspolitik, die reinen Profitinteressen dient und die Interessen von Arbeitnehmern ausblendet, ist mit uns nicht zu machen.



Gute Arbeit:

- Erwerbsarbeit, von der man leben kann
- aber auch andere Tätigkeiten im Haushalt, Erziehung, Sorge, Pflege, Kultur, Sport, Ehrenamt - Grundsicherung

Faktoren/Rahmen für Gute Arbeit:

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf, berufliche Qualifikation/ständiges Lernen als Wert
- Flexibilität in Grenzen halten
- Rechte der Beschäftigten stärken und in einem Arbeitsgesetzbuch bündeln,
- Mitbestimmung im Betrieb, starke Gewerkschaften, höhere Tarifbindung, Stärkung Arbeitgeberverbände
- Gesundheitsschutz, Verkürzung der Arbeitszeit
- Beachtung der Vereinzelung von Arbeitsplätzen durch digitale Revolution

These 1: Eine aktive Arbeitsmarktpolitik ist ein Markenzeichen LINKER Politik in Brandenburg. Wir setzen uns trotz ungünstiger (nationaler) Rahmenbedingungen für den Ausbau eines zukunftsfähigen Öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS) ein.

These 2: Die schwache Eigenkapitalausstattung ist das größte Problem der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Brandenburg. DIE LINKE betreibt Substanzpflege mittelständischer Unternehmen und unterstützt sie durch Fonds zur Finanzierung mit Mikrokrediten.

These 3: Die Zukunft der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg liegt darin, sie zu einer dynamischen europäischen Innovationsregion zu entwickeln. Dafür sind bereits bestehende länderübergreifende Zukunftsfelder auszubauen und die politischen sowie rechtlichen Rahmenbedingungen zu verbessern.

## Tisch 4: Brandenburg als Vorreiter im Umgang mit Energie und Klimawandel

Moderation: Thomas Domres

Protokoll: Stefan Schwartz



Nach den einleitenden Worten durch den Moderator wurden aus der Runde eine Vielzahl von Fragen und Problemstellungen aufgeworfen und debattiert. Dazu gehörten:

- Qualität und Quantität der Ist-Zahlen hinsichtlich des Energieverbrauches und Prognose hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung des Energieverbrauches unter der Berücksichtigung von Energieeffizienz und Energieeinsparung
- Soll Brandenburg weiterhin Stromexporteurland bleiben? Dabei soll Brandenburg nicht isoliert betrachtet werden. Die Energieversorgung von Berlin muss auf jeden Fall mitbedacht werden. Vor diesen Hintergrund könnte sich die Frage gar nicht stellen. Brandenburg wird aufgrund seiner natürlichen Bedingungen immer Energieerzeugerland bleiben
- Vor dem Hintergrund der Energiewende ist der Wechsel der Energieträger nicht nur eine Frage der Energiequelle sondern auch des Standortes – die Rolle von zentraler und dezentraler Energieversorgung
- starke Diskrepanz zwischen den Orten der Energieerzeugung und des Energieverbrauches – Netzausbau, Netzoptimierung, Speicherung
- Forschung in Energiezukunftstechnologien
- Klima- und Energiepolitik spielt nicht nur in der Energieerzeugung eine Rolle sondern erfasst alle gesellschaftlichen Bereiche – Mobilität, Natur- und Landwirtschaft (z. B. Moorschutz) usw., Ziel muss es sein, die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken
- Flächenkonkurrenzen
- Akzeptanzproblem: Rolle der Wertschöpfung in der Region, Beteiligungsmodelle usw.
- Anregung hinsichtlich der Einführung eines brandenburgischen Klimafonds

- Energieviereck: wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte sowie die Versorgungssicherheit

### Zusammenfassung:

Klima- und Energiepolitik gehören zusammen. Die Fokussierung dabei „nur“ auf Energiepolitik ist zu kurz. Es wurden verschiedene Varianten des Titels debattiert. Ein Vorschlag ist: „Brandenburg als Vorreiter für nachhaltige Klima- und Energiepolitik: global denken – regional handeln“.

Die Thesen wurden inhaltlich mit einigen redaktionellen Änderungsvorschlägen geteilt. *(hier aufgeführt die Neufassung)*

These 1: Der Anteil der erneuerbaren Energien am Brandenburger Primärenergiemix wird stetig erhöht und soll bis 2020 mindestens 20 % betragen. Das bedeutet zugleich, dass die Nutzung fossiler Energieträger als Brückentechnologie so lange Bestand haben wird, bis Deutschland seinen Energiebedarf sicher aus erneuerbaren Energien decken kann. Dabei ist ein flexibler Kraftwerkspark (vorzugsweise GuD-Kraftwerke auf Erdgas- oder Biogasbasis) notwendig, um die fluktuierende Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu ergänzen. Der



Aufbau von Speicherkapazitäten und der Aus-, Um- und Neubau sowie die Ertüchtigung der Netze sind von entscheidender Bedeutung für das Ziel 100% erneuerbar.

These 2: DIE LINKE steht für eine faire, sozialverträgliche und ökologische Energiewende. Insofern ist der allmähliche Ausstieg aus der Verstromung einheimischer Braunkohle in Übereinstimmung mit den Beschäftigten sozialverträglich zu gestalten und im Bereich der erneuerbaren Energien sind Kriterien von Guter Arbeit verstärkt zu berücksichtigen.

erbaren Energien sind Kriterien von Guter Arbeit verstärkt zu berücksichtigen. Gleichzeitig gilt es, stets Versorgungssicherheit und sozial verträgliche Preise zu gewährleisten.

These 3: Klimaschutz ist eine ressortübergreifende Aufgabe und muss alle Bereiche Brandenburger Landespolitik betreffen. Energieeinsparung und Energieeffizienz sind wichtige Säulen des Klimaschutzes und müssen verstärkt in den Mittelpunkt gerückt werden.

Anhang:

#### **Thesepapier Tisch 4: Brandenburg als Vorreiter im Umgang mit Energie und Klimawandel**

*„Die Energiepolitik in Brandenburg muss sich nicht nur auf steigende Energieeffizienz und Energieeinsparung orientieren, sondern in erster Linie auf den Einsatz erneuerbarer Energien ausgerichtet sein.“*

*Aus: Leitbild „Unsre Heimat“ (2007)*

Das Land Brandenburg kann sich als Pilotregion für einen umfassenden sozialökologischen Umbau national wie international profilieren. Dezentrale Energie- und Versorgungsstrukturen müssen ausgebaut werden. Die Brandenburger LINKE tritt dafür ein, fossile Energieträger und Grundstoffe durch erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe zu ersetzen. Wir wissen: Erneuerbaren Energien ist der Vorrang zu geben. Zugleich treten wir für den geordneten Ausstieg aus der Verstromung der Braunkohle bis 2040 ein. Brandenburg soll zu einem international führenden Standort für Erforschung, Produktion, Anwendung und Export von Energietechnologien werden. Damit bereiten wir uns für die „Zeit nach der Braunkohle“ vor.

These 1: Der Anteil der erneuerbaren Energien am Brandenburger Primärenergiemix wird stetig erhöht und soll bis 2020 zirka 20 % betragen. Das bedeutet zugleich, dass die Nutzung fossiler Energieträger, auch der Braunkohle, als Brückentechnologie so lange Bestand haben wird, bis Deutschland seinen Energiebedarf sicher und zu wettbewerbsfähigen Preisen aus erneuerbaren Energien decken kann. Dabei ist ein flexibler Kraftwerkspark (vorzugsweise GuD-Kraftwerke auf Erdgas- oder Biogasbasis) notwendig, um die fluktuierende Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu ergänzen. Der Aufbau von Speicherkapazitäten und der Aus-, Um- und Neubau sowie die Ertüchtigung der Netze sind von entscheidender Bedeutung für das Ziel 100 % erneuerbar.

These 2: DIE LINKE steht für eine faire und sozialverträgliche Energiewende. Insofern ist der allmähliche Ausstieg aus der Verstromung einheimischer Braunkohle in Übereinstimmung mit den Beschäftigten sozialverträglich zu gestalten und im Bereich der erneuerbaren Energien sind Kriterien von guter Arbeit verstärkt zu berücksichtigen. Gleichzeitig gilt es, stets Versorgungssicherheit und sozial verträgliche Preise zu gewährleisten.

These 3: Klimaschutz ist eine ressortübergreifende Aufgabe und muss alle Bereiche Brandenburger Landespolitik betreffen. Energieeinsparung und Energieeffizienz sind wichtige Säulen des Klimaschutzes und müssen verstärkt in den Mittelpunkt gerückt werden.

## Tisch 5: Zukunftsfähige Finanzpolitik

Moderation: Matthias Osterburg

Protokoll: Frank Hübner

- Als Einstieg in die Diskussion wurde auf das Zitat „die Politik hat gegenüber der Buchhaltung kapituliert“ aus dem Leitbild „Unsre Heimat“ (2007) Bezug genommen und festgestellt, dass dieser Zustand durch die Prioritätensetzung der rot-roten Landesregierung überwunden wurde
- Anspruch linker Politik sei generell: Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft durchsetzen bzw. die Wirtschaft ist dazu da, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu befördern
- Im Leitbild ist zu klären: Wie soll das Land 2020 aussehen? Die davon abgeleitete finanzpolitische Fragestellung lautet: Wofür sollen öffentliche Mittel investiert werden?
- Aus Sicht der Diskussionsteilnehmer sollten u.a. folgende Bereiche prioritär finanziert werden: Rekommunalisierung der Energieversorgung, Aufbau einer dezentralen, kleinteiligen Energie-Infrastruktur, Bildung, öffentliche Daseinsvorsorge, auskömmliche Finanzierung und perspektivische Entschuldung der Kommunen
- Als grundsätzlicher Anspruch an die Finanzpolitik sollte das Prinzip der „Enkelgerechtigkeit“ gelten, deshalb Abbau der Nettokreditaufnahme bis 2014 (keine neuen Schulden)
- Neben den eigenen Prioritäten und Ansprüchen müssen im Leitbild auch die konkreten finanzpolitischen Rahmenbedingungen benannt werden (z.B. das Haushaltsvolumen des Landes Brandenburg geht von derzeit ca. 10,5 Mrd. Euro bis 2020 auf rd. 8 Mrd. Euro zurück, die aktuelle Zinslast beträgt gegenwärtig 700 Mio. Euro bei einem Haushaltsvolumen von 10,5 Mrd. Euro)
- Zudem ist wünschenswert, dass neben der Prioritätensetzung für bestimmte Bereiche auch deutlich beschrieben wird, in welchen Bereichen gespart werden soll/muss
- Konflikt mit Akteuren/Vertretern aus jenen Bereichen, in denen gespart werden soll, kann nicht ausgeräumt werden, deshalb sollte mit diesen Akteuren frühzeitig und ausführlich kommuniziert werden, Dialog mit den



- verschiedenen Interessenträgern führen und einen gerechten Ausgleich organisieren
- Nach Phase von neoliberaler Steuerpolitik unter Rot-Grün, Schwarz-Rot und Schwarz-Gelb im Bund muss die Einnahmesituation der öffentlichen Hand gestärkt werden
- Steuersystem umstellen, Steuereinnahmen verbessern (u. a. Erhöhung Spitzensteuersatz)
- Rot-Rot in Brandenburg hat Grunderwerbssteuer von 3,5 auf 5 Prozent erhöht (Negative Auswirkungen, die von Kritikern prognostiziert wurden, blieben aus)
- Neue Finanzierungsmodelle ausbauen bzw. einführen (u. a. revolving Fonds statt verlorene Zuschüsse). Bei EU-Förderung ab der neuen Förderphase 2014 anstreben, dass statt eigener Kofinanzierungsmittel künftig auch Drittmittel zur Kofinanzierung verwendet werden dürfen
- Absenkung des Kofinanzierungsanteils für Kommunen auf bspw. ein Prozent

### Fazit:

Die drei vorgestellten Thesen (siehe Anhang) wurden von den Teilnehmern des Thementisches „Zukunftsfähige Finanzpolitik“ diskutiert und unterstützt.

Anhang:

### **Thesenpapier Tisch 5: Zukunftsfähige Finanzpolitik**

*„Die Politik hat gegenüber der Buchhaltung kapituliert. Dieser Weg hat keine Perspektive. Brandenburg braucht einen finanzpolitischen Neuansatz, der Einnahmen- wie Ausgabenseite gleichermaßen betrachtet und das Land wieder politisch handlungsfähig macht.“*

*Aus: Leitbild „Unsre Heimat“ (2007)*

Das Land Brandenburg muss solide und sozial ausgewogen finanziert werden – auch in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise. Diese hat die verfehlte Logik des Neoliberalismus bestätigt. Ein couragierter Konsolidierungskurs mit sozialem Augenmaß ist zu halten. Das lehren auch die aktuellen europäischen Entwicklungen. Der Landesetat 2011 spiegelt unseren Ansatz wider: Die Ausgaben für Bildung und Arbeit steigen auf 1,5 Mrd. Euro; für Kitas werden 43 Mio. Euro mehr bereitgestellt; die Zuschüsse zur Stärkung der Exportfähigkeit einheimischer Unternehmen steigen auf 1,5 Mio. Euro. Die geplante Neuverschuldung wird 2012 im Vergleich zu 2011 um weitere 170 Mio. Euro zurückgefahren. Im Jahr 2014 wird die rot-rote Koalition ohne Neuverschuldung auskommen.

These 1: Das Land Brandenburg steht vor großen finanzpolitischen Herausforderungen (sinkende Einnahmen und dynamisch wachsende Ausgaben). Die Konsolidierung der Finanzen wird fortgesetzt. In diesem langfristigen Prozess ist die Handlungsfähigkeit der Politik zu sichern. Konsolidierung der öffentlichen Finanzen erfordert nicht nur Kürzungen bei den Ausgaben. Es sind auch die Einnahmen zu stärken.

These 2: Die Konsolidierung der Finanzen ist von den politischen Werten der LINKEN geprägt. Es geht auch und gerade in diesem Kernbereich der Politik um Gerechtigkeit und Solidarität. Dies kann zu Konflikten mit politischen Konkurrenten und Gruppen führen, die ihre Partikularinteressen vehement artikulieren.

These 3: Die Finanznot der Kommunen ist akut. Der weitere Rückgang von Zuweisungen des Bundes und das Anwachsen der Sozialausgaben belasten die Kommunen enorm. Die von der LINKEN unterstützte kommunale Selbständigkeit ist ohne solide Finanzausstattung nicht zu haben.

## Tisch 6: Methoden, wie wollen wir die Debatte führen?

Moderation: Andrea Johlige, Matthias Loehr

Protokoll: Christoph Krüger

- Der Fahrplan wurde grundsätzlich bestätigt. Er ist eine gute Orientierung für die Kreisverbände mit den Veranstaltungen zu den Leitbild-Schwerpunktthemen von April bis Oktober 2012 sowie von März bis September 2013 in den Kreisen, den Kreisvorstandswahlen Ende 2013 und der Landtagswahl im Herbst 2014.
- Es gibt zwei begriffliche Änderungen: Erstens wird der vom Dezember 2011 bis zum Dezember 2012 andauernde „Interne Dialog zur Leitbilddebatte“ nun „Vorbereitung und Erarbeitung des Entwurfes des Leitbildes“ genannt. Zudem soll dieser Prozess offener gestaltet werden. Zweitens wird der vom Dezember 2012 bis zum November 2013 andauernde „Externe Dialog der Leitbilddebatte 2013“ nun als „Arbeiten mit dem Leitbildentwurf“ bezeichnet.
- Die zentrale Frage in der Debatte war: „Wie können wir mit der Leitbilddebatte in die Breite kommen?“ Zum Begriff: Debatte zur Begrifflichkeit „Leitbild“, Bedenken hinsichtlich eines zu elitären Untertons oder einer eventuellen Nichtgreifbarkeit. Letztlich wurde Leitbild gemeinschaftlich als ein Bild definiert von dem wir uns leiten lassen und einer Landschaft die sich verändert, die explizit nicht abgeschlossen ist. Dementsprechend bleibt es in der weiteren Debatte bei dieser Begriffsverwendung. Auch unter dem Gesichtspunkt, dass Leitbilddebatten heute vielfach gesellschaftlich geführt werden und daher ein Leitbild nicht etwas gänzlich Unbekanntes ist.
- Der erste Schritt, um zu einem neuen Leitbild zu kommen, ist das bisherige Leitbild „UNSRE HEIMAT... - Für ein zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg der Regionen“ aus dem Jahre 2007 noch mal publik zu machen. Kritisch wurde konstatiert, dass es in diesem ersten Prozess nicht im zufriedenstellenden Maße gelungen ist, in die Breite zu gelangen. Aus diesem Grund ist die Internetseite zum ersten Leitbild immer noch verfügbar und soll in Zukunft auch verbessert nutzbar gemacht werden. Ebenso wie die erste Version soll auch sein Nachfolger Grundlage des Wahlkampfprogramms für die kommende Landtagswahl sein. Dies wird im November/Dezember 2013 im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung durch die Beendigung der Leitbilddebatte und die sich anschließende Überführung in eine Wahlkampfprogrammdebatte eingeläutet. In diesem Sinne muss das, was entwickelt wird, auch die Fähigkeit besitzen praktikable Politik werden zu können.
- Das neue Leitbild „Brandenburg 2020“ ist als Programm für die Zukunft zu verstehen und darf nicht nur



- die Angelegenheit von Funktionsträgern sein. Es ist vielmehr eine Kampagne des gesamten Landesverbandes, wobei natürlich auch die regionalen Kompetenzen der Landtagsabgeordneten zu nutzen sind. Aus Fehlern der Vergangenheit lernend, soll nun eine intensive fruchtbare Debatte aller Genossen stattfinden. Ziel muss es sein, die Kreisvorstände und die Kreistagsfraktionen zu gewinnen. Es gibt hierbei den konkreten Vorschlag, im Februar des nächsten Jahres beim Landesparteitag den Leitantrag zur Führung der Leitbilddebatte zu verabschieden. Dieser Antrag der bereits die Identifizierung der wichtigsten Themen sowie den konkreten methodischen Ansatz beinhalten wird, soll auch ein ernst gemeintes offenes Angebot an die Kreisvorstände sein, sich am Diskurs zu beteiligen. Um sich diesem Prozess im regionalen Sinne zu nähern, werden gemeinsame Klausurberatungen mit den Kreistagsfraktionen vorgeschlagen. Die Verantwortungsträger in den Kreisen müssen das Leitbild als eigenes Projekt begreifen. Zur Unterstützung wird es Thesen mit offen formulierten Fragen geben, die den Genossen vor Ort Orientierung sein sollen. Das hat zur Konsequenz, dass die Debatte zu allererst eine Parteidebatte ist, die dezentral in den einzelnen Kreisverbänden geführt wird. Dazu könnte sie als regelmäßiger Punkt auf die Tagesordnungen der Kreisvorstandssitzungen kommen.
- Die Alltagskompetenz und die Verankerung der Genossen in der Bevölkerung sind nutzbar zu machen. Im bildlichen Sinne ist hierbei die 35-jährige Erzieherin gemeint, die ihre Lebenserfahrung und ihre Lebenswirklichkeit in das Ideal eines Brandenburgs 2020 einfließen lässt. Durch eine transparente Vermittlung des Projektes sollen zudem neue Mitstreiter gewonnen werden. Explizit betont wurde, dass das Leitbild für alle

Brandenburger gedacht ist. DIE LINKE will die Gesellschaft verändern und eine Politik für alle Menschen machen, nicht nur für ihre Wähler.

- Eine Vielzahl von Methoden sollen zur Anwendung kommen: vom Internet als Web 2.0 mit seiner Vielzahl von Elementen über Postkarten (Motto „Ich wünsche mir in Brandenburg, dass: ...“) bis hin zu Annoncen. Das Wichtigste ist jedoch, mit der Partei in den Dialog zu kommen und den ganzen Prozess wirklich als eine Parteidebatte zu verstehen. Hierzu muss auch ein Bezug zum Parteiprogramm hergestellt werden, wobei diese These zumindest umstritten blieb.
- Der methodische Leitgedanke sollte es sein, weniger Antworten vorzugeben, als vielmehr Fragen zu stellen. Das bedeutet: weg vom klassischen Format der politischen Bildung, also des eingeladenen Experten, der uns die Welt erklärt. Dem soll der hohe Anspruch entgegengesetzt werden, dass in den Kreisverbänden die Lösungsansätze selbst erarbeitet werden. Dazu wird der Fahrplan zur Leitbilddebatte umgehend in den Kreisverbänden bekannt gemacht werden. Die Genossen sollen sehen, dass es hier etwas gibt, das sie ganz konkret vor Ort betrifft und nicht nur Sache des Landesvorstandes ist. Dafür ist es notwendig, dass die schon heute Anwesenden möglichst die Ergebnisse der Konferenz in ihre Kreisverbände mitnehmen und die Veranstaltung als das vermitteln, was sie ist: Die Initialzündung für das

neue Leitbild „Brandenburg 2020: gerecht, solidarisch, nachhaltig“.



Anhang:

### Fahrplan zur Leitbilddebatte

*(Hier sind die Änderungen, die bei der Konferenz vorgeschlagen wurden, bereits eingearbeitet, damit keine unterschiedlichen Versionen im Umlauf sind!)*

Die folgende Übersicht beinhaltet die wahlpolitischen Termine und Aufgaben zwischen Dezember 2011 und der Neuwahl des Landesvorstandes 2014. Die Schritte in der Leitbilddebatte sind hier eingebettet in die sonstigen Aufgaben zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlkämpfe.

### November 2011 bis Dezember 2012 PHASE 1: Vorbereitung und Erarbeitung des Entwurfes des Leitbildes

18./19. Februar 2012	1. Tagung des 3. Landesparteitages, Wahl des Landesvorstandes und Leit-antrag zur Führung der Leitbilddebatte
23. bis 31. März 2012	Regionalkonferenzen (Landespolitik, Leitbild)
April bis Juni 2012	Thematische Workshops zu den Schwerpunktthemen der Thesen zur Leit-bilddebatte
April bis Oktober 2012	Veranstaltungen (Workshops, Aktivenkonferenzen) zu den Schwerpunktthe-men des Leitbildes in den Kreisverbänden/Regionen
8. September 2012	Landesparteitag zur Europapolitik und zum Leitbild
1. bis 10. November 2012	Regionalkonferenzen (Landespolitik, Leitbild)
November 2012 bis Februar 2013	10 VertreterInnenversammlungen zur Aufstellung der DirektkandidatInnen in den Bundestagswahlkreisen von Brandenburg
1. Dezember 2012	Konferenz zum Zwischenstand der Leitbilddebatte, Vorlage des Textentwurfs, Start der Phase externer Dialog

## Dezember 2012 bis November 2013 PHASE 2: Arbeiten mit dem Leitbildentwurf

Januar – April 2013	Erarbeitung eines Entwurfes kommunalpolitischer Leitlinien durch den Landesvorstand und die Kommission Strategie und Wahlen unter Einbeziehung des kommunalpolitischen forums auf Grundlage des vorliegenden Leitbildentwurfes
Februar/März 2013	VertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl 2013, Landesparteitag zur Vorbereitung der Bundestagswahl
März 2013 – Januar 2014	KandidatInnengewinnung für die Kommunalwahl 2014
März/April 2013	Regionalkonferenzen (Landespolitik, Leitbild)
März bis September 2013	Thematische Konferenzen auf Landesebene zu den 5 Schwerpunktthemen der Leitbilddebatte mit externen Akteuren (Verbänden, Vereinen, Initiativen, Gewerkschaften usw.)
März bis September 2013	Veranstaltungen, Anhörungen und Workshops in den Kreisverbänden/Regionen und auf Landesebene zu den Schwerpunktthemen der Leitbilddebatte mit externen Akteuren (Verbänden, Vereinen, Initiativen, Gewerkschaften usw.)
April 2013	Beginn Entwicklung einer Wahlkampfkampagne zur Kommunalwahl 2014 in Verbindung mit Maßnahmen zur Vorbereitung der Wahl des Europäischen Parlaments im Juni 2014
Mai - Juni 2013	Bundesparteitag zur Verabschiedung des Bundestagswahlkampfprogramms
Anfang August 2013	Landesweite zentrale Materialverteilung der Wahlkampfkampagne zur Bundestagswahl
August 2013 ( <i>4 Wochen vor Wahltermin</i> )	Beginn der Wahlkampfkampagne zur Bundestagswahl
15. oder 22. September 2013	Bundestagswahl 2013
Oktober 2013	Überprüfung und ggf. Neubesetzung des Landeswahlkampfbüros bzw. der Kommission Strategie und Wahlen
Oktober 2013	Personalvorschlag an den Bundesausschuss zur Liste für das Europäische Parlament
Oktober 2013	Beschluss der Kompetenzliste für die Landtagswahl 2014 durch den Landesvorstand
Oktober – Dezember 2013	Diskussion zu den vorgelegten kommunalpolitischer Leitlinien durch Kreistagsfraktionen und Kreisvorstände
Oktober/November 2013	Regionalkonferenzen (Landespolitik, Leitbild)
November/Dezember 2013	Öffentliche Veranstaltung: Beendigung der Leitbilddebatte und Überführung in eine Wahlkampfprogrammdebatte, Vorstellung kommunalpolitischer Leitlinien/Aussagen
November 2013 bis Januar 2014	Nominierung der KandidatInnen zur Landtagswahl 2014 für die Landesliste durch Kreisverbände und Jugendverband
Januar 2014	Aufstellung des Vorschlags der Landesliste durch den Landesvorstand
Februar 2014	1. Tagung des 4. Landesparteitages; Neuwahl des Landesvorstandes
Februar 2014	LandesvertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl 2014

Begleitend zur Leitbilddebatte wird es eine Website mit der Möglichkeit zur Diskussion sowie diverse Diskussionsmaterialien geben. Ein Foto- oder Ideenwettbewerb („Mein Brandenburg“) ist geplant und über eine Zeitung bzw. ein Magazin zur Begleitung der Debatte wird derzeit nachgedacht.

## Impressum

Erschienen im Januar 2012

Herausgeber: DIE LINKE. Brandenburg

Auflage: 1000 Stück

Satz & Gestaltung: Andrea Johlige

Fotos: Peter Frigger, Christoph Krüger und Heiko Haseleu

V.i.S.d.P. Andrea Johlige, DIE LINKE. Brandenburg, Alleestraße 3, 14469 Potsdam, Telefon 0331/2000-90, [www.dielinke-brandenburg.de](http://www.dielinke-brandenburg.de)

DIE LINKE. Brandenburg  
Alleestraße 3  
14469 Potsdam

Telefon 0331/2000-90  
Fax 0331/2000-910

[www.dielinke-brandenburg.de](http://www.dielinke-brandenburg.de)  
[www.brandenburg-2020.de](http://www.brandenburg-2020.de)

**DIE LINKE.**  
BRANDENBURG